

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200.

Mittwoch, den 28. August 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

## Die Frage der Wahlunterstützung gegnerischer Parteien durch die Sozialdemokratie.

### II.

lc. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hatte unsere entrechtete, verfeindete und brutal verfolgte Partei die allerzwingendsten taktischen Gründe, die Wahl von Anhängern und Verteidigern dieses infamen Ausnahmegesetzes und seiner Verlängerung möglichst zu verhindern und die Wahl solcher Männer zu unterstützen, welche sich bereit erklärten, für seine Aufhebung einzutreten. Unter dieser Voraussetzung haben Kandidaten der bürgerlichen Demokratie, der Freisinnigen, des Zentrums, der Welfen, der Polen, der Dänen, der elsäß-lothringischen Protestler in Stichwahlen sozialdemokratische Stimmen erhalten und mit deren Hilfe in vielen Fällen gesiegt. Der Wbdener Parteitag (20.—23. August 1880) hatte — im Jahre vor den ersten Neuwahlen nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes — für den Fall von Stichwahlen „im allgemeinen Wahlenthaltung“ empfohlen. Die Folgezeit lehrte, daß der Begriff „allgemein“ nirgends in Deutschland von den Parteigenossen so aufgefaßt wurde, daß er der vorerwähnten Taktik, Unterstützung der Wahl von erklärten Gegnern des Ausnahmegesetzes, entgegenstand. Abirrigens wollen wir bemerken, daß — was im Protokoll des Wbdener Kongresses nicht mitgeteilt wird, da er sich nur auf das Notwendigste beschränkt — die Teilnehmer der Meinung waren, daß die Unterstützung sich als Gegner des Ausnahmegesetzes bekennender Kandidaten bürgerlicher Parteien in der Stichwahl selbstverständlich sei.

Auf dem Kopenhagener Kongreß (29. März bis 2. April 1883) wurde ein Antrag, „bei Stichwahlen, in denen kein Sozialdemokrat in Frage kommt, die Parteigenossen zu verpflichten, überall sich der Stimmabgabe zu enthalten“, unter Hinweis auf den Wbdener Kongreßbeschuß durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Es blieb bei der seitherigen Taktik.

Vier Jahre später (1887) behandelte der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen die Stellung der Partei zu den Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlen. Der Berichterstatter Liebknecht rechtfertigte die Erklärung, welche das von der Reichstagsfraktion eingesetzte Zentralwahlkomitee erlassen hatte, daß, wo bei Stichwahlen kein Sozialdemokrat in Frage stehe, dem Fortschrittler die Stimme gegeben werde. Er sagte, zwar hätten die Fortschrittler „während unsere Leute dieser Anweisung überall nachkommen“, sich dadurch revanchiert, daß sie zum größten Teil für unsere Gegner stimmten. Darüber sich zu wundern, habe aber niemand Ursache. „Wir haben in den engeren Wahlen die Fortschrittler nicht um ihrer schönen Augen willen gewählt, sondern weil wir eben Gegner des Sozialistengesetzes und des Septennats in den Reichstag bringen wollten.“

So traten immer neue politische Fragen von größter Bedeutung (hier die des Septennats) in den Kreis der Erwägungen, ob und weshalb die Partei Gegner in engeren Wahlen zu unterstützen habe. Gegen die von einer Seite befürwortete Nachpolitik wider die Fortschrittler erklärte sich Bebel ganz entschieden, es würde, sagte er, „die größte Verkehrtheit sein, wenn wir aus Haß gegen die Fortschrittler einen noch größeren Feind wählen wollten“. Das Verhalten des Zentralwahlkomitees sei zu billigen. Aber, so meinte Bebel weiter, die inzwischen veränderte Situation erheische unsererseits eine veränderte Taktik. Es gelte klare Stellung einzunehmen. Er beantragte, daß die Partei „unter Zurückweisung jedes, wie immer gearteten Kompromisses“ selbständig vorzugehen habe; im Falle von engeren Wahlen empfehle der Parteitag, „gestützt auf die bisher gemachten Erfahrungen, Stimmenthaltung“.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Pflicht der Stimmenthaltung sprach er nicht aus und die Erfüllung der guten Absicht des Antragstellers, Klärung zu schaffen, d. h. eine feste Taktik innerhalb bestimmter Grenzen zu stande zu bringen, bewirkte er durchaus nicht.

Vier Jahre später (Oktober 1890), unmittelbar nach Ablauf des Sozialistengesetzes, auf dem Parteitage in Halle — dem ersten, der seit dem Erlaß jenes Gesetzes wieder auf deutschem Boden stattfand — hatte Lieb-

knicht den Entwurf eines neuen Parteiprogramms zu begründen. Vorge schlagen war u. a., die im alten Programm enthaltene Erklärung: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind“, fallen zu lassen. Und zwar, weil, wie der Referent sagte, in Deutschland „die Dinge eben so liegen, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien bis zu einem gewissen Grade gar nicht vermieden werden könne.“ In das vom nächsten Parteitage (Erfurt 1891) beschlossene neue Programm wurde diese Erklärung denn auch nicht aufgenommen. Damit war ein programmatischer Anhaltspunkt für die Meinung, daß die Sozialdemokratie gegnerische Parteien bei Wahlen nicht unterstützen dürfe, weggefallen.

Dem Parteitage zu Köln (1893) lag der Antrag vor, zu beschließen, daß „keinerlei Kompromiß“ mit anderen Parteien einzugehen sei und daß bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien die Parteigenossen „sich streng der Stimme zu enthalten haben.“ Von diesem Antrage wurde der erste Teil angenommen, der zweite Teil abgelehnt, nachdem u. a. Liebknecht gegen diesen Teil gesprochen und folgende Unterscheidung aufgestellt hatte: „Kompromisse sind Ver rat, die ein Prinzip opfern. Zu verwerfen ist jeder Pakt mit einer anderen Partei, der unsere Genossen förmlich demoralisieren würde. . . . Anders liegt die Sache, wenn die Genossen in Stichwahlen bei der Wahl zwischen zwei Übeln mit richtigem Instinkt lieber für den Fortschrittler als für den Nationalliberalen, lieber für Stögel (Zentrumsmann) als für Krupp stimmen. Dann haben sie vollkommen recht. . . . sie stimmen für das kleinere Übel im Parteinteresse.“ Die Partei wird in dieser Frage sicherlich bei der alten Taktik bleiben.“

Im Verlaufe der folgenden vier Jahre wurde in der Partei die Frage ihrer Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen sehr aktuell. Sie drängte auf Entscheidung. Und damit gewann für die Partei die Frage der Unterstützung gegnerischer Parteien bei Wahlen eine weitere Bedeutung. Auf dem Hamburger Parteitage (1897) hatte Bebel sowohl über die Stellung der Partei zu den Reichstagswahlen, wie über ihre Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen zu referieren. Zum ersten Punkt gelangte eine von ihm vorgeschlagene Resolution gegen einzelne Stimmen zur Annahme, deren hier in Betracht kommender Teil erklärt: „daß im Falle einer engeren Wahl in einem Wahlkreise, bei welcher der Kandidat der Partei nicht in Frage kommt, die Parteigenossen gehalten sind, demjenigen Kandidaten einer bürgerlichen Partei ihre Stimme zu geben, der sich verpflichtet, im Falle seiner Wahl für folgendes im Reichstage einzutreten.“ Es werden dann die Forderungen aufgeführt und schließlich heißt es: „Kommt kein Kandidat in Frage, der sich auf diese Forderungen verpflichtet, so ist strikte Stimmenthaltung zu proklamieren.“

Die von Bebel vorgeschlagene Resolution, betr. die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, sah Abmachungen mit bürgerlichen Oppositionsparteien, resp. deren Unterstützung unter bestimmten Bedingungen (Eintreten für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und Verteidigung der bestehenden Volksrechte) vor. Beschlossen wurde die selbständige Beteiligung, wo sie möglich, nach Entscheidung der Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise, und daß Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien nicht abgeschlossen werden dürfen. Die Frage der Unterstützung in einer nicht den Charakter eines Kompromisses oder Bündnisses tragenden Form blieb also offen.

In seinem Referat zu den Reichstagswahlen rügte Bebel scharf, daß die Essener Parteigenossen bei der vorausgegangenen Wahl Stögel, „den einzigen ehemaligen wirklichen Arbeiter im Zentrum, der als solcher genötigt war, für die Arbeiterforderungen einzutreten und sich daher oft bei Abstimmungen vom Zentrum trennte“, nicht unterstützte und so bewirkt haben, daß Herr Krupp in den Reichstag kam. „Kann es“, fragte Bebel, „noch einen größeren Hohn geben?“

Dieser Resolution sei nun endlich der Streit in der Partei über die Unterstützung gegnerischer Parteien in der Stichwahl überwunden, haben sich getäuscht. Auf fast jedem der folgenden Parteitage kehrten Anträge, die Parteigenossen unbedingt zur Stimmenthaltung zu verpflichten, wieder. In einigen dieser Anträge war be hauptet, Stimmenthaltung sei „Ehrenpflicht“ oder „Ehrensache“ jedes Parteigenossen. Es blieb aber beim Hamburger Beschluß.

Jetzt nun wird wieder ein Vorstoß gegen diesen Beschluß unternommen. Wir erwähnten schon eingangs unseres Artikels diesbezüglicher Anträge, die an den Parteitag zu Essen gelangen sollen.

Der Parteivorstand verfuhr in Ansehung jenes Beschlusses und nach unserer Überzeugung auch taktisch durchaus richtig, als er nach den Hauptwahlen im Januar ds. Js., die uns einen erheblichen Mandatsverlust brachten, am 27. Januar folgende Kundgebung an die Parteigenossen veröffentlichte:

„Bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien empfehlen wir, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Unter keinen Umständen dürfen Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale eine sozialdemokratische Stimme bei den Stichwahlen erhalten.

Für die anderen Parteien empfehlen wir folgende Stellungnahme unserer Genossen:

Voraussetzung für die Unterstützung einer dieser Parteien bei den Stichwahlen muß die Verpflichtung des Kandidaten sein, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts stimmen wird;

2. daß er jeden Versuch das Koalitionsrecht einzuschränken unbedingt zurückweisen wird;

3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz erklären wird.

Nachdem diese Erklärungen abgegeben sind, empfehlen wir den Kreiswahlkomitees die Entscheidung, ob ein solcher Gegner bei der Stichwahl sozialdemokratische Unterstützung finden soll, unter der Würdigung der Persönlichkeit des Gegners zu treffen. Unter keinen Umständen aber darf einem Kandidaten eine sozialdemokratische Stimme zufallen, der die aufgestellten Bedingungen nicht akzeptiert.

Parteigenossen! Das Interesse der Partei erfordert bei der gegenwärtigen Wahlsituation die strikte Innehaltung dieser Stichwahlparole.“

Diese Kundgebung ist von vielen Seiten in der Partei scharf angegriffen worden unter Hinweis auf das allen Grundgesetzen des Liberalismus hohn sprechende Verhalten der liberalen Parteien, auf ihr Suhlen um die Gunst der reaktionären Gemalten, auf ihr Zusammengehen mit den reaktionären Parteien. Es war auch zu konstatieren, daß die Parteigenossen der Empfehlung des Parteivorstandes nicht überall entsprachen und dadurch den Sieg an Kandidaten der in der Kundgebung bezeichneten Parteien verschuldet haben. Das mag sich aus der gerechten Empörung über die liberalen Verrätereien begreifen lassen, aber rechtfertigen unter taktischen Gesichtspunkten läßt es sich nicht.

Die Gründe, welche die Sozialdemokratie darauf hinweisen, die Taktik inne zu halten, bei Stichwahlen das „kleinere Übel“ gegen das „größere Übel“ zu unterstützen, sind in unseren Ausführungen enthalten. Unser Verhalten zu gegnerischen Parteien darf niemals von Geschäftspolitik bestimmt werden; es soll immer nur das Resultat nüchternen und ruhiger praktischer Erwägungen sowohl in Rücksicht auf die Interessen des Volkes wie auf die Interessen und Aufgaben der Partei sein. Es ist in dieser Rücksicht nicht einerlei, ob die Sozialdemokratie durch Stimmenthaltung bei Stichwahlen den Sieg von Kandidaten der reaktionären Parteien herbeiführt, oder ob sie das durch ihr Eintreten für liberale Kandidaten verhindert.

Wir haben keine Ursache, die Gegner durch unsere Wahltaktik zu einen, sondern vielmehr ein Interesse daran, die unter ihnen bestehenden Gegensätze zu verschärfen und sie gegen einander auszuspielen. Es wäre deshalb sehr bedenklich, wenn der Parteitag beschließen würde nach dem Antrage der Genossen des dritten Berliner Reichstagswahlkreises, der erklärt wissen will, es sei „die Pflicht der Sozialdemokratie Deutschlands, bei Stichwahlen zwischen freisinnigen und reaktionären Parteien sich unter allen Umständen der Stimme zu enthalten.“

Wir hoffen, daß der Parteitag weder diesem noch irgend einem anderen in derselben Richtung gehenden Antrage seine Zustimmung geben wird. Die Partei darf sich durch derartige Beschlüsse nicht für die Zukunft ein entscheidendes Eingreifen in Wahlkämpfe unmöglich machen. Wir sind überzeugt, würde der Parteitag einen solchen Beschluß fassen, er würde wie früher auch in Zukunft nicht gehalten werden können. Die Hamburger Resolution muß aufrecht erhalten, oder es muß eine neue in demselben Sinne beschloffen werden.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Der Katholikentag in Würzburg.

Die Stadt Würzburg ist in diesem Jahre der Ehre gewürdigt worden, die jährlich stattfindende große Zentrumsparade in ihren Mauern aufzunehmen. Am Sonntag lud die große Feier mit dem üblichen Festzug der katholischen Arbeitervereine an. Etwa 280 Vereine nahmen daran teil, darunter Vereine aus Norddeutschland. Etwa 10- bis 12 000 Personen befanden sich im Zuge. In diesen schlossen sich fünf Versammlungen an, in denen, um den katholischen Massen zu imponieren und ihnen neue Ehrfurcht vor der „Mutter Kirche“ einzufößen, auch einige Bischöfe erschienen. In der Hauptversammlung hielt dann der Reichstagsabgeordnete Giesberts-Essen eine gewaltige Pauke gegen die Sozialdemokratie. Er führte u. a. aus:

Tausende haben hier dargelegt, was sie trennt von der antichristlichen Arbeiterchaft und was sie eint mit den Katholiken der übrigen Stände. Wir erwarten aber auch von den Gehegen und Arbeitgebern Interesse für den Arbeiterstand. Es gibt eine Strömung in Deutschland, die unsere katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine als überlebt bezeichnet. Aber ohne Organisation kann im öffentlichen Leben heute nichts erreicht werden. Die Arbeiterorganisationen sind doppelt nötig. Noch nie hat der Unglaube so frech sein Haupt erhoben, noch nie haben die verflachten religiösen Ideen so verhängnisvoll gewirkt wie jetzt. Kein Stand ist so vielen Angriffen vom Unglauben ausgesetzt wie wir. Müssen wir uns doch täglich in den Fabriken und Straßen verteidigen gegen Angriffe unserer göttlichen Arbeitskollegen. Jeder muß so viel apologetisch geschult sein, um jedem grünen Jungen die gebührende Antwort erteilen zu können. Die zweite Aufgabe ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Man hat längst aufgehört, in der Sozialdemokratie ein Werk der Hölle zu erblicken, das der Teufel in seiner Bosheit erschaffen habe. Wir kennen jetzt die Ursachen der Sozialdemokratie. Sie liegen im Unglauben, in der religiösen Verflachung und auf der anderen Seite in den Sünden des modernen Kapitalismus. Wenn man meint, daß nach den letzten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie überwunden sei, so ist das ein gefährlicher Optimismus. Eine Partei, die trotz aller Angriffe eine Viertelmillion Stimmen mehr gewonnen hat, ist nicht gebrochen, deren Kampfesmut ist nicht niedergedrückt. Wir gönnen ihr ja für ihren Übermut den Dämpfer, und damit ist ja auch der Glaube an ihre Unüberwindlichkeit gewichen. Aber nur mit Hilfe der christlichen Arbeiterkraft ist die Macht der Sozialdemokratie zu brechen. (Lebhafter Beifall.) Um so notwendiger ist es, daß wir für soziale Reformen, für die Koalitions- und Vereinsfreiheit eintreten, besonders, da dankte Mächte die Sozialreform zum Stillstand bringen wollen. Der Rücktritt Posadowskys kann nicht als Zeichen sozialen Fortschritts betrachtet werden. (Beifall.) Da ist es notwendig, den Regierungen zu zeigen, daß wir auf die gerechten Ansprüche der Arbeiter nicht verzichten wollen. Die christlichen Gewerkschaften sind die notwendige Ergänzung der Arbeitervereine; denn sie sind die einzige Organisation, die der Sozialdemokratie einigermassen Respekt abnötigt. Sie sind trotz aller Angriffe und Verfolgungen immer zahlreicher geworden. Ich weiß, daß die Katholiken darüber in unseren Reihen erschrecken sind. Aber ich erkläre, wir müssen an ihnen festhalten. Sie sind das einzige Mittel, um den gewaltigen Ansturm der sozialdemokratischen Organisationen, die in diesem Jahre vielleicht schon zwei Millionen Mitglieder umfassen werden, einen Damm entgegenzusetzen. Denn die Arbeiter so erjogen werden, werden wir die Garantie haben, daß die Sahara eingehalten werden, die Verarmung und Klugheit verhindern.

Die Versammlung spendete selbstverständlich der Rede jehudens Beifall; aber es ist hervorzuheben, daß die Ansprache der christlichen Gewerkschaften auch lebhaften Widerspruch hervorrief, offenbar aus dem Grunde, daß die von den konservativen christlichen Gewerkschaften nichts wissen, sondern die Katholiken möglichst vor aller Verflachung mit den anderen Konfessionen behandeln wollen.

In der Begrüßungsversammlung am Sonntag ebrach hielt die Eröffnungsrede Süßgrin Scholer. Bürgermeister Tischlitz begrüßte die Versammlung namens der Stadt Würzburg und rief ihr herzlichsten Willkommen. Der Vertreter des Zentralrates der katholischen Arbeitervereine Graf Salen erklärte die Verhältnisse in Österreich und meinte, daß dort die Katholiken sehr zu wünschen seien, daß die Sozialdemokratie dort nicht so stark sei. Vorher Reden über die katholische Arbeitervereine, die von der Sozialdemokratie, Schlemmer-Hoffmann und Gumbel in, daß auch Abg. Erzberger auf jehudische Sprache sich verließen, daß eine kurze Rede zu halten.

Am Montag vernahm man die erste geschlossene, nachmittags eine öffentliche Versammlung. In dieser wurde u. a. beschlossen, „ausgehend von dem brüderlichen verbundenen Kampfe des heiligen Glaubens“ bei den ungeliebten Verhältnissen, das der jetzige Kampf im nächsten Schritt sein, die Verarmung eines außerordentlichen Patienspiennigs den Anstößen zu vermeiden. In einer weiteren Resolution wurde empfohlen, eine Pilgerzug nach Rom in der ersten Hälfte des Jahres 1907 zu veranstalten und Erntedankfesten in Stadt und Land abzuhalten. Außerdem wurden noch mehrere Beschlüsse über die Katholikentage, so hat über die Tagesordnung angenommen.

In der öffentlichen Versammlung sprach Professor Regenburg-Spahn über Religion und Konfession und der Abg. Richter-St. Othmar über Katholizismus und Missionen. Über den Inhalt dieser Vorträge etwas mitzuteilen, lohnt sich nicht.

### Kein Wort mit dem preussischen Zensuramt.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ bemerkt, wie aus Berlin gemeldet wird, daß die wachsende Spannung auf einen „Wort von oben“ den Gewissen Querschlag auszuwirken hat. Der „Vorwärts“ bemerkt hingegen: „Über

können wir nicht zugleich konstatieren, daß die amtlichen Stellen in Berlin den Schwabenstreich, für den sie die Urheberschaft ausdrücklich ablehnen, auch mißbilligen; das wäre freilich auch zu viel verlangt. Wir erklären also hiermit feierlich, daß Württemberg nicht als der politische Basal vor Rußland handelte, sondern nur seine bürssische Seelenverwandtschaft bekundete.

### Er weiß zu viel!

Die „Posener Neuesten Nachrichten“ erzählen folgende nette Geschichte aus dem dunkelsten Teile der Ostmarken:

Sitzt da fern von aller Kultur — nämlich 19 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation — und in einem meist von kleinen Landwirten bewohnten Dorfe der Provinz Posen ein „armes Dorfschullehrlein“ seit zehn Jahren in derselben geistigen Verbannung. Er hat eine siebenklassige Posener Zahlschule absolviert und das Seminar, nach seiner Angabe, mit den besten Zeugnissen verlassen. Da er Weib und Kinder, denen er gern eine gute Ausbildung angeheben lassen möchte, hat, sucht er sich um eine bessere Stelle in der Nähe einer Stadt, die genügende Bildungsräume besitzt, zu bewerben. Aber alle Bemühungen des Lehrers um Verlegung in eine bessere Stelle, nur in die Nähe einer Stadt, schlagen fehl. Der Grund hierfür? Unser Lehrer weiß zu viel — er kann (man schaudere!) auch polnisch sprechen! Er ist zwar seit neun Jahren Vorlesender des für das Dorf und dessen Umgebung bestehenden Kreisvereins, hält in seiner und den Nachbargemeinden an stillen Winterabenden Lichtbildervorträge mit selbstverständlich deutschem Text, muß ein tüchtiger Pädagoge sein, denn er teilt mit, daß der residierende Schulrat aus Posen seine schulischen Leistungen gelobt habe, aber — er wird trotzdem nicht veretzt. Nun trägt unser Mann freilich auch einen polnischen Namen, allein wenn dieser Umstand ihn gefährlich erscheinen lassen sollte, dann hat er den „faux pas“ der Geburt bei seiner Verheiratung gut gemacht, denn er hat eine deutsche Frau und seine Kinder sprechen nur deutsch. Das nützt ihm aber nichts, er kommt in keine bessere Stellung. Das hat ihm aber der Herr Kreisinspektor wie folgt mitgeteilt: „Nach einer ministeriellen Verfügung werden bessere und erste Lehrstellen nicht an Lehrer vergeben, welche der polnischen Sprache mächtig sind. Sie werden doch nicht leugnen, daß Sie polnisch können?“ Als der Lehrer seinem Vorgesetzten nicht glauben wollte, hat dieser ihm einen Teil der erwähnten Verfügung vorgelesen.

Das Ganze nennt sich deutsche Kulturarbeit im Osten! Warum hat aber auch der unvorsichtige Lehrer die polnische Sprache nicht längst vergessen, warum ist er auch mit einem polnisch klingenden Namen auf die Welt gekommen? Er mußte wissen, daß man das zwar keinem Poddolski oder Caprioli oder Posadowsky, aber einem verhungerten Schulmeister abelnimmt, und wundern darf er sich nicht, wenn man ihn auch noch als Vorlesenden des Kreisvereins für unwürdig erklärt, wenn sein Verstand und sein gutes Gedächtnis anfallen sollte.

### Abänderung der Gewerbeordnung.

Die ministerielle „Berliner Correspondenz“ meldet: Dem Bundesrat ging ein Gesetzentwurf betr. Abänderung der Gewerbeordnung zu. Er enthält insbesondere Bestimmungen zur Ausführung der Berner Konvention über die Rechte der gewerblichen Arbeiterinnen und Vorschriften über die Herabsetzung der effizienten Höchst- arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf zehnjährige Dauer, ferner werden Bestimmungen zur Regelung der Hausarbeit getroffen.

### Mandatsniederlegung.

Der Landtagsabgeordnete Landrat a. D. Fideikommissar v. Sälw-Bohkaamp (bei Kirchbarkau im Bezirk Siedlitz) hat, wie die Kreuzzeitung vermeldet, mit Rücksicht auf die bedeutende Vermehrung seiner Berufs- geschäfte sein Mandat niedergelegt. Er vertritt den Wahlkreis 7 in Schleswig-Holstein im Abgeordnetenhaus und gehörte der konservativen Fraktion an. — Man wird den Herrn im Dreiklassenparlament nicht vermissen.

## England.

Ein Parlamentsmitglied verhaftet. Das Parlamentsmitglied Farril, sowie 40 andere Personen wurden verhaftet. Die Verhaftungen setzen im Zusammenhang mit den irischen Unruhen. — Gegen das Parlamentsmitglied Farril und die anderen verhafteten 40 Personen ist das gerichtliche Verfahren eingeleitet worden. Die Stellung von Revisionen ist für zulässig erklärt worden. — Nach Rußland bereits in England Schule?!

## Rußland.

Regierung und Volksvertretung. Im „Regierungs-Anzeiger“ finden sich interessante Angaben, die die Stellungnahme der Regierung zur künftigen Duma charakterisieren. Auf der letzten Sitzung des Ministerrates wurde beschlossen, der dritten Duma folgende Vorklagen zu unterbreiten: „Über die Pensionierung der anseherntmäßigen Wärtinnen der militärischen Krankenhäuser.“ „Über die Disposition der Volks- schulen und Lehrstellen von Zahlungen für verschiedene Anstaltswahlstellen.“ „Über Änderung der etatsmäßigen Gehälter der vereidigten Rechnungsführer des Staats- schatzes.“ Auf derselben Sitzung des Ministerrates wurde beschlossen, der „Gesellschaft zur Exploitation der Zementwerke“ ein Darlehen von 300 000 Rubel zu gewähren, ohne diese Frage der Duma zu unterbreiten. Ein charakteristischer Umstand! Möge die Duma die hochwichtige Frage über das Gehalt der vereidigten Rechnungsführer und die Rekruten der Volksschullehrer erörtern. Darlehen jedoch werden von der Regierung selbst ohne Zustimmung der Duma erteilt.

## Italien.

Die gegenwärtige Situation. Der „Matin“ meldet aus Casablanca vom 25. August: Die Proklamierung Nalay Hajids wird endgültig bestätigt. Er hat die Franzosen, die Franzosen in Casablanca nicht von ihrem Entzügen abzurufen, und sagte hinzu, daß er mit zahlreichen Truppen und mehreren Geschützen im Innern sei. — Der „Daily Telegraph“ meldet aus Casablanca vom Sonntag mittags: General Drude beschloß vorzurücken und wird

versuchen, mit den Verstärkungen, die gestern angekommen sind, das marokkanische Lager bei Taddert vor Tagesanbruch zu überumpeln. Der Feind würde sich dann von dreitausend Franzosen mit acht Feldgeschützen und mehreren Maschinengewehren umringt sehen. In Taddert sind zehntausend Marokkaner konzentriert. — Inzwischen ist es auch wieder zu einer Reihe von Franzosen und Spaniern gekommen. Wie der Pariser „Matin“ aus Casablanca meldet, haben die Spanier, die sich noch in der Stadt befinden, am Martakeschor einen Wachposten eingerichtet, ohne daß der die Verteidigung der Stadt leitende französische Befehlshaber davon in Kenntnis gesetzt worden wäre. General Drude sei der Vorfall mitgeteilt worden.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 28. August.

Ein Verdict gegen unseren Th. Schwarz leistet sich das Amtsblatt in seiner gestrigen Nummer, nachdem es bisher mit seinen Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie so elend Fiasko gemacht hat. Das Organ des Reichsverleumdungsverbandes schreibt:

„Albrecht und Genossen.“ In einer sozialdemokratischen Versammlung, die kürzlich in Chemnitz stattfand, trat ein „Genosse“ dafür ein, daß die sozialdemokratischen Anträge im Reichstage nicht immer mit „Albrecht und Genossen“ unterzeichnet werden sollten. Man solle lieber nach der alphabetischen Reihenfolge verfahren, da es in manchen Kreisen übel empfunden würde, wenn die Wähler gar nichts von ihrem Abgeordneten zu hören bekämen. — Dieser Genosse hat so unrecht nicht. Wenn dieser Turnus innegehalten wird, dann hätten, da ja das Alphabet auch ein S enthält, auch die Lübecker Genossen mal die Gelegenheit, von ihrem Abgeordneten etwas zu hören. Viel würde das zwar nicht; aber wenig ist noch immer mehr als garnichts.“

Ganz abgesehen davon, daß unmöglich ein jeder Reichstags- Abgeordneter zu jeder Frage im Parlament das Wort nehmen kann, wollen wir nur betonen, daß gerade Genosse Schwarz in der Zeit, während welcher er dem Reichstage angehört, namentlich zu seemannischen Fragen wiederholt gesprochen hat, wie die Reichstagsberichte ausweisen; wir sind jedoch davon überzeugt, daß das Amtsblatt die Ausführungen unseres Genossen in gewohnt vornehmer Weise unter schlagan hat. Genosse Schwarz gehört fern seit langem der Petitions-Kommission an, auch war er bereits Mitglied der Budget-Kommission; die in diesen Kommissionen von ihm entfaltete Tätigkeit ist deshalb noch lange nicht fruchtlos, weil die Wähler nichts darüber berichten. Im übrigen haben wir wohl nicht nötig, unseren Gen. Schwarz gegen Anwürfe von Leuten zu schützen, deren einzige öffentliche Tätigkeit im Verleunden ihrer Gegner besteht. Vielleicht dürfte es unsere Leser jedoch interessieren, wie es mit der parlamentarischen „Tätigkeit“ der bürgerlichen Abgeordneten, die Lübeck früher einmal im Reichstage vertreten haben, bestellt gewesen ist; wir werden gelegentlich einen diesbezüglichen Artikel bringen. — Zu dem Chemnitzer Antrag selbst wollen wir bemerken, daß wir denselben für sehr naiv halten.

Die Eingehung der Ehe. Ein Mann darf nicht vor dem Eintritt der Volljährigkeit eine Frau darf nicht vor der Vollendung des sechzehnten Lebensjahres heiraten. Eine Frau kann aber von dieser Vorschrift befreit werden. Unmündige bedürfen der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (Vater, Mutter, Vormund). Verweigert der Vormund seine Einwilligung, so kann das Vormundschaftsgericht die Einwilligung erteilen. Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Verwandten in gerader Linie, zwischen vollbürtigen oder halbbürtigen Geschwistern sowie zwischen Verchwägerten in gerader Linie. Ebenso darf eine Ehe nicht geschlossen werden zwischen Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern oder Abstammlichen der andern Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat. Wer einen andern an Kindesstatt angenommen hat, darf mit ihm oder dessen Abstammlichen eine Ehe nicht eingehen, solange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis besteht. Eine Ehe darf auch nicht geschlossen werden zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit dem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, wenn dieser Ehebruch in dem Scheidungsurteil als Grund der Scheidung festgestellt ist. Von dieser Vorschrift kann jedoch Befreiung erteilt werden. Eine Frau darf erst zehn Monate nach der Auflösungs- oder Nichtigkeitserklärung ihrer früheren Ehe sich wiederum verheiraten, wenn sie nicht inzwischen geboren hat. Von dieser Vorschrift kann ebenfalls Befreiung erteilt werden. Wer ein eheliches Kind hat, das minderjährig ist oder unter seiner Vormundschaft steht, darf eine Ehe erst eingehen, nachdem ihm das Vormundschaftsgericht ein Zeugnis darüber erteilt hat, daß er mit seinem Kinde oder Mündel eine Vermögensauseinanderlegung vorgenommen hat. Ausländer, für die nach den Landesgesetzen zur Eingehung einer Ehe eine Erlaubnis oder ein Zeugnis erforderlich ist, dürfen nicht ohne diese Erlaubnis oder ohne dieses Zeugnis heiraten. Der Eheschließung soll ein Aufgebot vorausgehen. Dieses Aufgebot verliert seine Kraft, wenn die Ehe nicht binnen sechs Monaten geschlossen wird. Von dem Aufgebote kann Befreiung erteilt werden.

Ein Sonderzug nach Hamburg, zu dem Rückfahrkarten zum Preise von 3 Mk. ausgegeben werden, wird am kommenden Sonntag morgen 8.46 Uhr vom hiesigen Bahnhof abgehen.

Handelsregister. Am 27. August 1907 ist bei der Firma Brau u. Schröder in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen.

Gewerbegericht. Sitzung am 27. August. Der Schuhmacher Schr. klagt gegen die Stadtkapelle, vertreten durch ihren Dirigenten Herrn O., auf Zahlung von 15 Mk. Kläger ist seit 1. Juli dieses Jahres als Votant für die Stadtkapelle gegen eine Vergütung von 1 Mk. pro Tag, zahlbar am 1. und 16. jeden Monats angestellt gewesen. Nach seiner Behauptung ist über die Kündigung nichts vereinbart worden. Am 15. August wurde Schr. plötzlich entlassen und klagt er jetzt aus diesem Grunde auf Zahlung der genannten 15 Mk. Beklagter erklärt dagegen, daß bei der Einstellung des Schr. von ihm ausdrücklich betont sei, daß das Arbeitsverhältnis jederzeit von beiden Seiten aufgelöst werden könne. Bei dieser Unterredung ist die Ehefrau des Herrn O. anwesend gewesen. Sie ist nicht im Gerichtsgebäude zugegen, wird aber durch Herrn O. herbeigeholt. Auf Befragen durch den Vorsitzenden, ob sie sich des Vorganges bei Einstellung des Schr. noch entsinne, erklärt auch sie auf das Bestimmteste, daß ihr Mann gesagt habe, wenn es Schr. nicht passe, könne er jederzeit gehen, ebenso könne er jederzeit entlassen werden. Hiermit sei Kläger auch einverstanden gewesen. Ein vom Vorsitzenden hierauf gemachter Vergleichsvorschlag hat trotzdem den Erfolg, daß Beklagter sich bereit findet, um die Sache aus der Welt zu schaffen, 3 Mk. zu zahlen. Kläger gibt seinen Rechtsanspruch auf. — Der Rechtsanwalt Jrl. J. verklagt die Firma K. auf Zahlung

von 19.20 Mk. Fr. J. ist schon früher bei der Firma R. beschäftigt gewesen. Anlässlich einer Rückfrage mit dem Kompanon M. der Firma R. um Ausstellung eines Zeugnisses, ist sie von diesem aufgefordert worden, wieder bei ihm als Weisnäherin einzutreten. Fr. J. hat sich hierzu bereit erklärt unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie nicht unter R. zu arbeiten brauche und auch nicht mit Segeleisen beschäftigt werden solle. M. habe ihr diese Bedingungen zugestanden. Es galt eine 14tägige Kündigungsfrist; als Lohn war 1,60 Mk. pro Tag vereinbart. Am 2. August ist Klägerin trotzdem von R. aufgefordert worden, Segeleisen zu nähern. Dies hat sie verweigert und wurde sie hierauf von Herrn R. sofort entlassen. Sie fordert nun wegen ungerechtfertigter Entlassung Lohn für 14 Tage gleich 19,20 Mk. Der als Vertreter der Firma R. erschienene M. gibt an, von den zwischen seinem Kompanon M. und Fr. J. getroffenen Abmachungen nichts zu wissen. M. ist nicht anwesend, sodas hierüber keine Klarheit geschaffen werden kann. Ein Vergleichsvorschlag wird seitens der Parteien abgelehnt. Es wird hierauf ein neuer Termin auf Freitag den 6. September, abends 6 Uhr angesetzt. — Die Schauerleute S. und weitere sechs Genossen klagen gegen die Schiffsmalerfirma B. und Sohn auf Zahlung von zusammen 29,90 Mk. Die Kläger sind von einem Vormann der Stauerfirma Kr. u. B. angenommen worden, um einen der Hornschen Dampfer, deren Vertreter B. und Sohn sind, zu löschen. Da dieser Dampfer nun mit zu großer Schlagseite in Travemünde ankam, um so in den hiesigen Hafen überführt zu werden, mußte ein Teil der Ladung in Travemünde gelöscht werden. Zwischen den mit dem Vormann von Kr. u. B. getroffenen Abmachungen über diese Arbeit und dem ausgezahlten Geld ergibt sich eine Differenz von 29,90 Mk., welche die Kläger jetzt von B. und Sohn fordern. Das Gericht ist der Ansicht, daß die Klage an die verkehrte Adresse gerichtet ist. Die Bezahlung seitens des Vorstehenden hierüber veranlaßte den Vertreter der Kläger, den Schaueremann S., die Klage gegen B. und Sohn zurückzuziehen, um sie eventuell gegen Kr. u. B. zu richten.

**Arbeiter-Risiko.** Von der Bauarbeiterschutzkommission wird uns mitgeteilt: Montag abend kurz vor 6 Uhr verunglückten die Bauarbeiter Leppien und Probst auf dem Stadttheater-Neubau bei Blum u. Sohn; sie waren mit dem Schienen-Transport beschäftigt und standen auf einem Brett; plötzlich bekam ein Träger einen kurzen Ruck nach oben. Der eine der beiden Arbeiter machte einen Fehltritt und wollte sich an dem andern festhalten. Dieser aber verlor ebenfalls seinen Halt und beide stürzten ungefähr 1 1/2 Meter ab und fielen so unglücklich, daß der eine, Probst, eine schwere Kopfverletzung davontrug, während Leppien sich eine leichte Kopfverletzung zuzog. Allem Anschein nach hat letzterer noch innere Verletzungen erlitten. Beide mußten sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Probst konnte seinen Weg nach Hause allein antreten, während Leppien mit einer Droschke heimwärts befördert werden mußte.

**Die Kohlen werden teurer!** Schlesische Fachkreise erklären, daß die schon jetzt bemerkbare Kohlenknappheit sich in den nächsten Monaten erheblich verschärfen wird. Welche Einwirkung die augenblickliche Lage des Kohlenmarktes auf die Preise haben wird, läßt sich zurzeit mit bestimmten Zahlenangaben nicht feststellen. Es hat in den letzten Tagen in Berlin eine Besprechung von Vertretern der bedeutendsten Privatgruben stattgefunden, die sich mit der Frage beschäftigten. Soweit bisher bekannt geworden ist, dürfte allerdings eine Erhöhung der bisherigen Preise für Industrie- und Hauskohlen eintreten, und zwar vermutlich vom 1. Januar oder vom 1. April 1908 ab. Vom 1. September ab soll für Stück-, Würfel- und Nußkohlen ein Winterzuschlag eintreten, der bei den fiskalischen Gruben, wie bereits bekannt, die übliche Höhe von 50 Pfg., bei den privaten indes 50 bis 80 Pfennige betragen soll. Wie sich der Fiskus, der durch die letzte Preisfestlegung der fiskalischen Steinkohlenwerke bis zum 1. April 1908 mit seinen Preisen gebunden ist, zu einer etwaigen Erhöhung der Kohlenpreise seitens der privaten Gruben späterhin verhalten wird, kann mit Bestimmtheit nicht gesagt werden. In Interessentkreisen ist man jedoch der Ansicht, daß er einer Erhöhung eher zu- als abgeneigt ist.

**Stadthallen-Theater.** Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Der Erfolg, den die Straußsche Operette „Der Zigeunerbaron“ gefunden hat, veranlaßt die Direktion, das Werk noch ein letztes Mal morgen Donnerstag zu wiederholen. Für Freitag wird Moser-Schönthans Lustspiel „Krieg im Frieden“ neu inszeniert. Sonnabend wird mit vollem Orchester „Preciosa“ — jeder Platz im Theater kostet an diesem Tage 50 Pfg. — in Szene gehen. Für Sonntag wird wieder eine Doppel-Vorstellung vorbereitet. Zuerst gelangt die dreiaktige Operette „Die Fledermaus“ zur Aufführung, hierauf das dreiaktige Schauspiel „Liliput“.

**Wilhelm-Theater.** Man schreibt uns: „Machtasyl“, das gemaltige Werk von Maxim Gorki, geht morgen in derselben, von der hiesigen Presse einstimmig als hervorragend bezeichneten Besetzung, zum zweiten Male in Szene. Für Freitag wird „Die rote Robe“ von Eugene Brieux wieder inszeniert. Den Untersuchungsrichter spielt Georg Braag, den Pierre Martin Homburg. Am Sonnabend wird, vielfachen Wünschen nachkommend, „Klein Dorrit“ mit Else Campmann in der Titelrolle nochmals aufgeführt.

**r. Schwartau. Gemeinderats-sitzung** am Dienstag, den 27. August, abends 7 Uhr in Jürgens Hotel. Die bisherige Handarbeitslehrerin Frau Lenzburg ist kürzlich gestorben. Als Ersatz wurde ausstillweise Frau Lehrer Stegemann angestellt, welche geprüfte Handarbeitslehrerin ist. Die Schulkommission schlägt nun vor, zum 1. Oktober d. J. eine geprüfte Handarbeitslehrerin anzustellen mit einem jährlichen Anfangsgehalt von 900 Mk.; die Festanstellung soll nach drei Jahren erfolgen und steigt das Gehalt alle 3 Jahre um 50 Mk. bis zum Höchstbetrage von 1100 Mk. Das Gehalt ist dasselbe, welches die Stadt Cutin ihren Handarbeitslehrerinnen zahlt. — Die neuerbaute Straße, welche von der Cutinerstraße abzweigt und nach Marin führt, erhielt den Namen „Parinerstraße“. Die Straße „Am Moor“, welche durch Hinzufügung eines Buchstabens an einen notwendigen Bestandteil des menschlichen Körpers erinnert, wurde auf Wunsch der Anwohner: Kneiseldorferstraße gekauft. Dem Entwurf und Bewässerungsprojekt der hiesigen Villenkolonie wurde grundsätzlich zugestimmt unter der Voraussetzung, daß sich der Gemeinderat und die Ausschussbehörde über die noch näher festzusetzenden Einzelheiten einigen können. Wir werden hierüber noch ausführlich berichten. Ferner hatten die Gemeindevorstände einen Antrag gestellt auf Entschädigung für Fahrräder; der Antrag wurde einstimmig abgelehnt. Dem nächsten Punkt: „Platzverbot“ wurde zugestimmt. Hiernach sollen die riesig großen Platane, welche im Orte in der letzten Zeit aufgestellt worden sind, und die zum Teil die schöne Aussicht sowie den Wald derunzieren, wieder verschwinden. Ferner soll die Auffteilung derselben der Genehmigung bedürfen. Der Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer für die hiesige Gemeinde wurde einstimmig angenommen, dagegen der Antrag auf Einführung der Verhältniswahl bei den Gemeinderatswahlen gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt. Der Gemeindevorsteher wurde dann noch interpelliert, warum Kallenhof noch nicht chauffiert worden ist.

Der Herr erklärte, daß noch nicht alle Anlieger ihre Unterschrift geleistet hätten.

**Cutin.** Feuer im Auto. Am Sonntag nachmittag ist eines der Fremdenverkehre zwischen Cutin und Haus Penhahn vermittelnden Automobile unweit Cutin zur Feuer vernichtet. Der Chauffeur merkte, daß der Sitz unter ihm warm wurde, und verließ schnell den Wagen. Bald darauf brannte es im Maschinenraum. Mit großer Umsicht und unter Ausnutzung der vorhandenen Sicherheitsvorrichtungen wurde die im Auto befindliche Post gerettet und die Passagiere verließen den Wagen. Das Automobil wird so gut wie ganz verloren sein.

**Hamborg.** Die rechtmäßige Ausübung des Amtes. Der Verband freier Krankenkassen hatte seinerzeit die Hamburger Polizeibehörde auf Zahlung der Rückkosten für einen der von der Polizei anlässlich des Schopenhof-Krawalles verletzten Leute verklagt. Das Hamburger Landgericht verurteilte auch die Polizeibehörde zur Zahlung der Kosten. Gegen dieses Urteil legte die Behörde Berufung ein. Das Oberlandesgericht gab der Berufung statt und erkannte unter Aufhebung des landgerichtlichen Erkenntnisses auf Abweisung der Klage. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß die Polizeibeamten lediglich in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes gehandelt hätten. — Diese rechtmäßige Amtsausübung bestand bekanntlich darin, daß die Hamburger Polizisten nach Breslauer Muster in einer Weise losklopfen, die selbst die Empörung bürgerlicher Kreise erregte. — Todessturz aus dem Fenster. Montag abend kletterte der zweijährige Knabe Peters, Kraientkamp 22, erste Etage, in einem unbemachten Augenblick auf die Fensterbank, öffnete das Fenster und stürzte dabei auf den Hof hinab, wobei er einen Schädelbruch erlitt, an dem er im Hafentrankenhaus alsbald nach der Entlassung verstarb. — Eine Jagd auf einen Bodenbrecher über die Dächer fand gestern zu später Abendstunde zwischen der Hamburgerstraße und der Vogelweide statt. Ein unbekannt gebliebener Mann hatte sich in das Haus Hamburgerstraße 174 eingeschlichen und mittelst Nachschlüssels Zutritt auf einem Boden gefunden. Die Frau eines Einwohnens, die zum Trocknen dort aufgehängte Wäsche abnehmen wollte, bemerkte den Dieb und schlug Alarm. Der Dieb schlopfte darauf durch ein Dachfenster aufs Dach und versuchte an der Dachrinne den Erdboden zu erreichen, wobei er aber den inzwischen herbeigeeilten Einwohnern in die Hände gefallen wäre. Er zog es deshalb vor, sein Heil in der Flucht über die benachbarten Dächer zu suchen. Es begann nunmehr eine wilde Jagd auf den Dieb, an der sich 12 Schutzleute und etwa 100 Privatpersonen beteiligten. Trotzdem gelang es dem Verfolgten, auf das Dach eines Hinterhauses an der Vogelweide zu kommen, an dessen Dachrinne er sich hinabgleiten ließ. Bevor seine Verfolger das Grundstück erreichten, war er von der Bildfläche verschwunden. Heute hatte er nicht gemacht.

**Kiel.** Die drohende Aussperrung im Baugewerbe. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes Kiel war, nach der offiziellen Angabe des Vorstandes, von rund 430 Mitgliedern besucht. Die dort gefasste Resolution wurde gestern früh den beteiligten Arbeiter-Organisationen und auch der Redaktion der „Schlesw.-Holsteinischen Volksztg.“ zugestellt. In dem Begleit Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die Annahme einstimmig erfolgt sei. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die durch den Streik der Holzplagarbeiter nebst Kutschern der Holzhandlungen im Betriebe der letzteren hervorgerufene Sachlage ist zurzeit folgende: Die Holzhandlungen sind gegenwärtig nicht in der Lage, genügend Arbeitswillige zu erhalten, denn die übrige Arbeiterschaft Kiels hat sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Kutscher anderer Unternehmer weigern sich, für Holzhandlungen zu fahren. Selbstfahrende Unternehmer werden derart bedroht, daß sie für ihre Gesundheit besorgt sein müssen. Plagarbeiter sind ebenso wenig zu bekommen, da der Zugang gesperrt ist. Wie weit die Parteinahme der übrigen Arbeiter für die Streikenden geht, zeigt, daß Maschinenschleifer für Tischlereien sich weigern, Holz, was für hiesige Holzhandlungen bearbeitet werden soll, zu bearbeiten. Da die Holzhandler die wenigen Leute, welche ihnen noch zur Verfügung stehen, dazu gebrauchen müssen, um ihr Holz vor dem Verderben zu schützen, so sind dieselben gezwungen, ohne Vorzug ihre Betriebe für den Verkauf zu schließen. Es liegt auf der Hand, daß hierdurch das gesamte Baugewerbe in Mitleidenenschaft gezogen wird. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß der vorliegende Streik von der Organisation der Arbeitnehmer in Szene gesetzt ist, um einem Gewerbe der Bauindustrie, von dem man annahm, daß es nicht organisiert sei und nicht die Unterstützung der übrigen Arbeitgeber finden würde, ungeheuerliche Arbeitsbedingungen: Einstellung von Arbeitern ausschließlich durch ihren Arbeitsnachweis (Gewerkschaftshaus, Fahrstraße), Entscheidung bei Lohnstreitigkeiten durch die Arbeitnehmerorganisation allein, Anerkennung des 1. Mai als Weltfeiertag, abzuwingen. Bei dieser Sachlage erkennt die Versammlung an: 1. Es ist die Verpflichtung sämtlicher Arbeitgeber, die Holzhandler im Kampfe zu unterstützen, deren Verhalten als völlerrechtlich anerkannt wird. 2. Die Inhaber der Holzperarbeitungsgewerbe verpflichten sich bei eintretendem Holzangel, ihre Leute zu entlassen. 3. Dieselbe Verpflichtung übernimmt das gesamte Baugewerbe bei sich hieraus ergebendem Arbeitsmangel. 4. Sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Kiel verpflichten sich, Holz von auswärtig nicht zu beziehen. 5. Sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Kiel verpflichten sich, von heute an Arbeitnehmer aller Art nicht mehr einzustellen. Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß vorstehender Beschluß konsequent durchzuführen werden muß, und daß die vorhandenen Schwierigkeiten erst dann als beseitigt gelten, wenn im gesamten Gewerbe wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Vorstehende Resolution ist den Arbeitnehmern in geeigneter Weise bekannt zu geben.

Das dieser Resolution beigefügte, vom Vorstand und Direktorium des Arbeitgeberverbandes Kiel unterzeichnete Schreiben eröffnet der Arbeiterschaft weiter, daß in dem Falle, wenn die Plagarbeiter und Kutscher noch länger im Streik verharren, in aller nächster Zeit umfangreiche Entlassungen von Arbeitern in allen mit der Bauindustrie in Beziehung stehenden Gewerben erfolgen werden.

**Güstrow.** Die Fürstin Wrede kommt bekanntlich deshalb nicht vor den Strafrichter, weil ihr Stübgen ein „Kleptomaniakisches“ war. Aber gegen die Gesellschaftlerin der Fürstin, Fr. Weidig, ist jetzt das Hauptverfahren eröffnet und zwar wegen fabrikfähigen Meineides, begangen durch unrichtiges Zeugnis in einer beim Malchiner Amtsgericht anhängig gemachten Klagesache gegen den Fürsten Wrede. Der Termin ist auf Donnerstag, 26. Sept., vor der Strafkammer in Güstrow angesetzt worden. Von der Anlage der Hehlerlei ist die Gesellschaftlerin und auch der Fürst Wrede bewahrt geblieben, weil — die Gräfin für ihre Diebstähle nicht verantwortlich zu machen sei!

**Reutrandenburg.** Großfeuer. In vorletzter Nacht wurde unsere Stadt von einem großen Feuer heimgesucht. Es brannte in dem am Marktplatz gelegenen Materialladen

des Kaufmanns Stegemann. Bei den vorhandenen großen Vorräten an leicht brennbarem Material (Petroleum und Spiritus) griff das verheerende Element so schnell um sich, daß die im ersten Schlaf befindlichen Einwohner Mähe hatten, ihr Leben zu retten. Der Rechtsanwalt Metz, welcher im ersten Stoß sein Bureau hatte, konnte sich nur noch mittelst Leiter retten. Dagegen die gesamten Wismannschaften bald zur Stelle waren und tapfer eingriffen, wurde dies Haus nicht nur total zerstört, sondern auch die Nachbarhäuser des Landyndikus Rat Kaspe, sowie des Kürschners Horn nebst vielen Nebengebäuden, während andere Häuser mehr oder weniger noch vom Feuer beschädigt wurden. Der Gesamtschaden ist groß.

**Bremen.** Zu dem Mord in der Sögestraße, über den wir bereits gestern kurz berichteten, wird noch gemeldet: Montag morgen fanden Leute in der Nähe des Weserbahnhofes den Rumpf eines menschlichen Leichnams in der Weser treibend. Der herbeigerufene Arzt stellte sofort fest, daß es sich nur um ein Verbreehen und nicht etwa um eine Verstümmelung durch die Schraubenflügel eines Dampfes handeln könne. Schneller als erwartet, ist der Täter entdeckt und verhaftet worden. Es ist der Gärtner Bohl, der in der Sögestraße einen Blumenladen inne hatte. Der Ermordete ist der Gärtner Lanau, der mit dem Gärtner Borchding zusammen ebenfalls in der Sögestraße einen Blumenladen hatte. Lanau kam am Sonntag vormittag in Bohls Laden. Dort gerieten die beiden Konkurrenten in Streit, in dessen Verlauf Bohl Lanau durch einen Schlag in die Schläfe tötete. Um die Spuren des Verbreehens zu verwischen, schleppte Bohl die Leiche in den Keller und trennte ihr Kopf und Gliedmaßen ab. In der Nacht hat er den Rumpf in die Weser geworfen. Die Gliedmaßen hat er in Kartons verpackt und auf dem Hauptbahnhof als Handgepäck abgegeben. Der Kopf des so früh ums Leben gekommenen Lanau wurde im Laden des Bohl versteckt gefunden. Gegenüber den gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomenten legte Bohl ein volles Geständnis ab: — Zur Bluttat in der Sögestraße ist noch zu berichten, daß sie den Tod eines weiteren Menschen zur Folge gehabt hat. Dienstag vormittag hat sich in ihrer Wohnung am Wall 14 eine Cousine des Gärtners Bohl, Elisabeth W., durch Erhängen das Leben genommen, jedenfalls aus Gram über die Untat des Webers. Von der mit unglücklicher Rohheit zerstückelten Leiche fehlt immer noch die untere Hälfte des Rumpfes, die sich in der Weser vorfinden dürfte.

## Spredhsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

### Neues von der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.

It da vor einigen Wochen in deren Maschinenwertstätte aus der Mitte der Arbeiter heraus jemand mit der Verleihung des Meistertitels bedacht worden. Nun, mancher wird ja Meister, und mancher strebt darnach, die soziale Stufenleiter um einige Sprossen höher zu erklimmen. Die Art, wie das gemacht wird, ist ja sehr verschieden. Also Herr L. wurde Meister! Schon gleich zu Beginn seiner neuen Würde entfaltete er eifrige Tätigkeit beim kritisieren und beschneiden der Akfordpreise; auch das Androhen des Bestrafens und Rauschschmeißens wurde eifrig geübt; er befreizigte sich überhaupt einer Ausdrucksform der Sprache, speziell den jüngeren Leuten und Hilfsarbeitern gegenüber, die lebhaft an die Kaserne erinnert. Jedoch das Neueste ist folgendes Stückchen: It da vor einigen Tagen die Werkbank eines jungen Drehers in Unordnung geraten; in einem der Maschinenteile waren Eisenpäpne hineingefommen. Der betr. Arbeiter malbete dies pflichtgemäß dem Meister L., und dieser, im Bewußtsein seiner Würde, behauptet, der Dreher habe die Späne hineingesezt. Als diese Behauptung sogar noch einige mal wiederholt und dem Arbeiter schließlich 3 Mk. Strafe angedroht wurden, gab der letztere eine derbe Antwort, die vielleicht nicht zu billigen ist, die man aber nach der vorhergehenden Provokation doch verstehen kann. Denn um das Hineinfallen der Späne in den betr. Maschinenteil zu verhüten, hätte ein Schutzblech angebracht werden müssen, eine Notwendigkeit, die der Arbeiter einige Zeit früher auch betont hatte. Aber es ist ja das alte Lied: Machen die Arbeiter auf derartige Verbesserungen oder Uebelstände aufmerksam oder geben Anregung auf praktische Einrichtungen, so werden sie ausgelacht, erhalten gar schnoddrige Antworten usw. Geld ist ja am Ende auch nicht dazu da — also geht's, wie's geht. Im obigen Fall sollte der Arbeiter gar noch für das Verschulden anderer Leute büßen; denn um ein altes Sprichwort zu gebrauchen: eine alte Frau konnte mit dem Stock fühlen, daß ohne Schutzblech die Eisenpäpne bei der Arbeit dort ohne weiteres hineinfliegen mußten. Der Dreher, im Gefühl seiner Unschuld, wandte sich mit einer Beschwerde an Ingenieur B. Und wie das nun so geht: Man hört die Sache freundlich an, verspricht auch eine Untersuchung, aber — verbrannt wird der Jude doch! Der junge Mann hörte nichts weiter, und da ihm nun die Wahl gestellt war, entweder 3 Mark Strafe zu zahlen oder aber seine Entlassung zu nehmen, so zog er das letztere vor. Beim Schlußdiskurs forderte Herr L. gar die Hilfsarbeiter auf, das Hinausschmeißen des Drehers auszuführen. Diese Aufforderung war jedoch unnötig, denn der Arbeiter zog es vor, sich zu entfernen. Und die Moral von der Geschicht: Werden die Arbeiter der L.-M.-G. derlei Ungerechtigkeiten, die schon so oft vorgekommen sind, schließlich nicht mal mit einem donnernden: bis hierher und nicht weiter beantworteten?

Mehrere Arbeiter.

## Letzte Nachrichten.

**Saag.** Ein holländischer Sieg auf Celebes. Nach einer im Saag eingetroffenen amtlichen Meldung nahmen die holländischen Truppen Tinoenga in der Landschaft (Mittelcelebes). Die Verluste der holländischen Truppen waren gering. Die Aufständischen hatten 37 Tote.

**Tokio.** Furchtbare Feuersbrunst. In Oatodate brach Montag früh eine Feuersbrunst aus. Fast 70 Proz. der ganzen Stadt wurden eingäschert. Die Konsulate mit Ausnahme des amerikanischen sind niedergebrannt.

**Karlruhe.** Brudermord. Im Orte Weingarten ermordete nachts der 30jährige Arbeiter Hoppinger seinen 27jährigen Bruder. Letzterer war betrunken nach Hause gekommen und hatte Streit angefangen, als sein älterer Bruder ihn zur Rede gestellt hatte.

**Berlin.** Eifersuchtsdrama. In der vergangenen Nacht erstach der Arbeiter Bloch seine Wirtin, die eheverlassene Arbeiterin Hoppe, in ihrer Wohnung und erhängte sich dann. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

**Große Flutwellen in Japan.** Aus Zentraljapan laufen Meldungen über so gewaltige Flutwellen ein, wie sie seit vielen Jahren nicht vorgekommen sind. Eisenbahnzüge sind aufgehalten und mehrere Dörfer überflutet worden. Man befürchtet, daß der angerichtete Schaden sehr schwer ist.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

# Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 □ LÜBECK □ Fernspr.: Nr. 926

## Anfertigung

von

Plakaten  
Broschüren  
Flugblättern  
Statuten  
Mitgliedskarten  
Eintrittskarten  
Programmen  
Festliedern.

## Herstellung sämtlicher

■ Buchdruckerarbeiten ■

in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenanlagen: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.



Verlag des Lübecker Volksboten

## Anfertigung

von

Briefbogen  
Kouverts  
Rechnungen  
Quittungen  
Mitteilungen  
Adresskarten  
Zirkularen  
Visitenkarten.

## Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

**D. G. F.**

Donnerstag 8 1/2 Uhr abends  
Versammlung im Vereinshaus.

Für die beim Hinscheiden unseres geliebten  
Sohnes bewiesene innige Teilnahme und  
reichen Kranzsenden sagen allen Bekannten,  
den Kollegen der Lübecker Strick- u. Brauerer,  
insbesondere Herrn Pastor Sommer für die  
tröstlichen Worte und Sorge des Gütlichstehenden  
den herzlichsten Dank.

Karl Lachmann und Frau.

3 tüchtige Hochschneider  
u. 1 Weisenschneider gesucht.  
**Friedr. Lanckau.**

Schuhmachergehilfe gesucht.  
A. Thien, Glorstraße 24.

Zu verk. 1 fast neuer Winter-Kapes.  
Höringstraße 42a.

Zirka 2000 Zigarrenbänder  
zu verkaufen. Schinkelstraße 5.

2 weiße Waschkommoden  
zu verkaufen. Regelmatt 7.

Billig zu verk. mehrere Sofas  
Königsstraße 28.

Ein Sofa-Korb mit Gestell und Stange  
billig zu verk. Gabelstraße 62, II. Gg. I. H.

Seitl. Kissen u. Tisch. Sofa u. Tisch.  
Einige Spiegel, Gardinen, Kleiderst.  
zu verk. Köhlerstr. 33, II.

Hochstühle werden gut und billig ein-  
geschliffen. Al. Grödelstraße 4.

Zur Anfertigung des Herren-Garderoben  
sowie Ausbesserung jegl. Anzuges ist  
Wilk. Kalksack.

**Tapezier Hopp,**  
Engelsgrube 66.

empfehle ich zur Ausführung sämtlicher  
Tapezierarbeiten. Sofas von 4 Mark an,  
Kleiderst. von 2,50 Mark an. Einzig u. einzig!

Schmerzlose Zahnoperationen.  
**Künstliche Zähne**

eine Herausnahme der Wurzel.  
Plomben jeder Art.

**Marcks, Köhlerstr. 21.**

**Pfaffenspiegel**

zu kaufen bei  
Lieferung von Friedr. Meyer & Co.

# Versammlung

aller auf der Schiffswerft von Henry Koch  
beschäftigten Arbeiter

am Donnerstag, den 29. August 1907,  
abends 8 1/2 Uhr

Im großen Saale des „Vereinshauses“, Johannisstr. 50

Pflicht eines jeden Kollegen ist es zu dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Einberufer.

# Unentbehrlich für jeden Arbeiter

ist das

# Arbeiter-Hausbuch

Ein Führer durch das öffentliche und  
private Leben des deutschen Arbeiters.

Nachschlagewerk für alle Rechtsfragen, soweit solche den Arbeiter  
als Ehemann, Vater und Bürger betreffen.

Anhang: Rezepte für die Küche, Haus- und Gesundheitspflege.  
380 Seiten stark. Preis brochiert Mk. 1.—.

Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
und deren Kolporteurs.

## Allen voran

in Frischehalten und Haltbarkeit sind  
die **Arbeitsgarderoben** aus  
Säbels altem Spezialstoff von  
**Louis Levy** für Herdstraße  
gehrt. Lederhosen 2,10 3,50 4,50 5, 7,50  
Korsetts 2,50 3,50 4,50 10  
Männl. Blößen 1,95 2,50 3,50 6,50  
Frauenhosen 2,50 3,50 4,50 8,50  
Blusen 3,50 4,50 5,50 10  
Hemden 1,50 2,50 3, 4,50

Spezialität: Hamburger Schmitz-  
hosen f. Männer, Schürzen, Jambone

Sämtliche Damenarbeiten in Stoffen vor-  
züglich! — Kleider aus Stoffen und Seiden  
1,50 bis 2,50 Mark. Hemd und weiß ge-  
webte Regen- und Sonn. Gewänder, Wädel-  
jacketts und -Hosen von 1,50 Mark an.  
Wädel-Kittel von 2,50 Mark an.  
**50 rote Kaktusmarken!**

H. H. Behn, bitte denjenigen, der mir  
den Namen mitteilen kann,  
welcher mir in Harzenbuch die Komposition  
mitgeteilt, daß ich ihm persönlich dankbar bin.  
F. Eriksson, Sibel, Sandwegstr. 8, L.

## Carl Folkers

### Nöbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnzeineinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.

Billigste Preise.  
Zeitigste Garantie.  
Zimmer-Einrichtungen stets vorräthig.

Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
Bei Verzögerung Rabatt.  
Zahlungsbefreiung.  
Gebe rote Laboca-Marken.

Ich bin bei dem Königl. Landgerichte  
in Altona als  
**Rechtsanwalt**  
zugelassen.  
Büreaustunden: Morgens 8 bis  
abends 7 1/2 Uhr.  
Sprechstunden: Morgens 8—9, nach-  
mittags 2—4 Uhr.  
Geschäftsnummer: Altona, Am  
Hauptbahnhof, Große Bergstr. 265, I.  
Rechtsanwalt **Werner Springe**  
(Neumünster).

## Achtung!

Neben meinem Restaurant bringe den  
Kleinverkauf v. Spirituosen  
sowie Wein u. Flaschenbier in empfehlende  
Erinnerung.

**Johs. Frahm, Meyers Nachf.,**  
175 Schwartzauer Allee 176.

5 Pfg. zahle für Hausstandslumpen,  
sowie für Eisen u. Metalle die höchsten  
Preise. Postkarte genügt.  
Karl Kleinfeld, Waisenhofstraße 25.

## Gesangverein der Zimmerer.

Ziehungslifte der Tombola  
am 27. August 1907.

55	56	68	71	72	73	144
150	155	170	184	186	194	196
204	265	276	282	387	400	403
407	430	439	454	456	477	480
495	500	512	531	535	596	598
714	715	750	768	823	836	865
876	882	886	893	917	918	927
949	970	973	982	984	1004	1031
1099	1109	1139	1159	1184	1225	1237
1249	1262	1271	1308	1312	1314	1359
1361	1380	1401	1418	1462	1479	1487
1577	1586	1589	1636	1683	1688	1701
1759	1766	1770	1806	1821	1886	1986
2000	2018	2066	2086	2097	2122	2123
2145	2148	2154	2165	2181	2251	2254
2279	2311	2344	2359	2366	2398	2417
2429	2438	2447	2482	2510	2516	2580
2680	2706	2710	2775	2787	2820	2859
2893	2943	2967	3021	3037	3115	3144
3146	3161	3175	3229	3236	3278	3289
3313	3339	3354	3367	3393	3415	3416
3447	3488	3521	3523	3550	3552	3553
3554	3558	3648	3660	3746	3804	3848
3859	3866	3910	3918	3938	3967	3968
3987	3994					

Die Gewinne sind am 28., 29. und 30.  
August 1907, abends 8 Uhr, in der  
„Schwarzen Dohle“, Hundestr. 41, in  
Empfang zu nehmen. Die bis zum 15. Sep-  
tember 1907 nicht abgeholfen Gewinne fallen  
der Vereinskasse zu.

Das Komitee.

## Hansa-Theater

Heute Mittwoch, 28. August:  
13. Tag der

II. gr. internat. Ringkampfkonkurrenz

ringen:  
Sabatier } gegen } Boucher  
Belgien. } } Frankreich.  
Madrall } } Wemedoff  
Armenien. } } Türkei

Entscheidungskampf  
R. Raicevich gegen Reiber  
Dalmatien. Steiermark.  
Gewinnen wird bis zur vollständigen  
Entscheidung.

## Wilhelm-Theater.

Donnerstag, 8 Uhr. 84. Abom.-Vorst.  
Zum ersten Male wiederholt.

Maxim Gorki's  
**Nachtasyl.**  
Scenen a. d. russ. Volksleben in 4 Akten.  
Freitag: Rote Robe.  
Sonnabend: Klein Dorrit.

## Stadthallen-Theater.

Direktion: Ludwig Piorkowski.  
Donnerstag, 8 Uhr: 71. Abom.-Vorstell.

Letzte Wiederholung  
der besten aller Operetten:  
**Der Zigeunerbaron.**  
Freitag: Krieg im Frieden.  
Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.  
Mit vollem Orchester:

**Preciosa.**  
Sonntag, Doppel-Vorstellung:  
**Die Fledermaus.**  
Hierauf: Trilby.

## Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen 1907.

### Die Reichstagswahlen.

Die Sozialdemokratie hat die kapitalistische Kolonialpolitik des Reichs, die naturnotwendig auf die Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker hinauslaufen muß, von Anfang an bekämpft. Die grundsätzliche Ablehnung dieser Politik hat die Partei auch bei den Verhandlungen über die von der Regierung beantragten Nachtragsforderungen für Südwestafrika klar und rückhaltlos zum Ausdruck gebracht.

Das Zentrum befolgte bei diesen Beratungen seine alte zwiespältige Taktik. Es wollte von den beantragten 29 Millionen nur 20 Millionen bewilligen, um sich einerseits beim Volke als Oppositionspartei in Erinnerung zu bringen und andererseits der Regierung zu zeigen, wie unentbehrlich es für sie ist. Der Zusammenstoß Koerens mit der Regierung wegen des Falles Wistuba und die dabei erfolgte Ablehnung des Zentrums erschwerten diesem jedoch den üblichen Rückzug. Als in der Budgetkommission sein Antrag, die Schutztruppe in Südwestafrika vom 1. April 1907 ab auf 2500 Mann herabzusetzen, abgelehnt worden war, stimmte es bei der zweiten Lesung im Plenum neben den Sozialdemokraten und gemeinsam mit den Weissen und Polen gegen die Regierungsforderung, so daß diese fiel.

Geno fiel der Vermittlungsvorschlag Abtats, der nur eine verschämte Formulierung der Regierungsforderung war. Die Freisinnige Volkspartei, die jahrzehntelang und noch wenige Wochen vor diesem Konflikt die Kolonialpolitik der Regierung bekämpft hatte, schwenkte bei dieser Abstimmung in das Lager der Kolonialparteien. Dieser Verrat der Freisinnigen war um so schmähtlicher, als Bülow kurz zuvor dem Reichstag sein Mitbestimmungsrecht bei den Operationen in Südwestafrika bestritten und ganz unerblickt die Selbstherrlichkeit für seine imperialistische Politik proklamiert hatte.

Mit der Auflösung des Reichstages hatte es Bülow ausfällig eilig. Er wartete damit nicht einmal bis zur dritten Lesung, bis zu der, wie schon so oft in ähnlichen Fällen, eine Verständigung mit dem Zentrum leicht herbeizuführen gewesen wäre, sondern er löste den Reichstag gleich nach der Abstimmung in der zweiten Lesung auf. Seitdem über das Treiben der Nebenregierung von Eulenburg und Konsorten in Liebenberg Licht verbreitet worden ist, ist allerdings auch klar geworden, daß es mit dieser Eile Bülows eine ganz besondere Bewandnis gehabt hat: Bülow wollte sich wohl als starker Mann zeigen, um der Hoffamarilla nicht zum Opfer zu fallen!

Am 16. Dezember erschien im „Vorwärts“ der Aufruf unserer früheren Fraktion. Darin wurde eindringlich auf den Ernst der Situation hingewiesen, die durch die Reichstagsauflösung geschaffene politische Lage scharf präzisiert und die Haltung unserer Partei zu den wichtigsten Fragen der Reichspolitik präzisiert. Der Aufruf schloß mit folgendem Appell an die Wähler:

„Wähler Deutschlands! Wir wissen, daß alles, was wir heute erreichen können, nur Stückwerk ist gegenüber dem, was erreicht werden mußte. Wir wissen, daß eine Reform von Grund aus eine durchgreifende Umwandlung unserer ökonomischen und politischen Zustände erfordert, daß volle Freiheit und Gleichheit der Menschen in Staat und Gesellschaft

die volle Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur auch für den letzten unter uns

nur das Werk des festen Willens und der klaren Einsicht der großen Mehrheit der Nation sein kann. Aber wir wissen auch, daß die Zustände, die heute herrschen und sich immer mehr zuspitzen werden, dank der Eifersucht der herrschenden Klassen die Revolutionierung der Köpfe herbeiführen, d. h. die Einsicht und den Willen zur Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage schaffen. Die Not der Zeit lehrt die Menschen denken.

Im Vertrauen auf die revolutionierenden Wirkungen der Laffachen ziehen wir guten Mutes in den Wahlkampf. Wir fordern Euch auf, daß, soweit Eure sozialen, Euer wirtschaftlichen und Euer politischen Interessen oder Euer Idealismus Euch auf die Seite der Sozialdemokratie nötigen — und das muß die große Mehrheit sein — Ihr Euch uns anschließt und am 25. Januar 1907 Mann für Mann Eure Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratie gebt.“

Im Anschluß an diesen Aufruf forderte der Parteivorstand die Parteigenossen auf, ungesäumt die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen. In einem an die Parteiorganisationen gerichteten Zirkular wurden darauf bezügliche umgehende Winke und Anweisungen gegeben.

Die Leitungen unserer Bezirks- bzw. Landesorganisationen übernahmen für die ihnen angegliederten Wahlkreise die Funktion der Zentralwahlkomitees, eine Einrichtung, die sich auch bei diesem Wahlkampfe gut bewährt hat.

Das „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ erschien in einer Auflage von 6000 Exemplaren und kam bereits am 1. Januar zum Versand; 5000 Exemplare wurden an die Parteigenossen gratis abgegeben. Bei der Kürze der Zeit, die für die Herstellung des Handbuchs zur Verfügung stand, konnte es nicht in so großem Umfange wie früher erscheinen. Es enthielt aber viele Hinweise auf sonstiges leicht zu erlangendes Material, so daß es seinem Zweck voll genügt haben dürfte.

Zur Orientierung der Parteifunktionäre über die wahlgesetzliche Materie wurde das kleine Heftchen „Winke zur Reichstagswahl“ in einer Auflage von 78 000 Exemplaren herausgegeben; gratis abgegeben wurden davon 13 000 Exemplare.

Zur Hauptwahl wurden zehn Musterflugblätter herausgegeben. Zum Teil richteten sie sich gegen die verschiedenen gegnerischen Parteien, zum Teil wandten sie sich an bestimmte Arbeiterschichten, z. B. an die Eisenbahner, Landarbeiter und polnischen Arbeiter; in einem Flugblatt wurde besonders die Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik behandelt. Für eine Anzahl von Wahlkreisen wurden die Flugblätter in einer Gesamtauflage von etwa 1 Million auf unsere Kosten in der Vorwärts-Druckerei hergestellt.

Zur Stichwahl ließen wir ein illustriertes Flugblatt in einer Auflage von 2 1/2 Millionen herstellen, das den in Frage kommenden Kreisen unentgeltlich überwiesen wurde.

Dem großen Verlangen nach rednerischen Kräften konnten wir zur Hauptwahl nur in geringem Maße gerecht werden. Bei der Kürze und der Heftigkeit des Wahlkampfes waren unsere früheren Abgeordneten bis auf wenige Ausnahmen von ihren Kreisen ganz in Anspruch genommen, weshalb unser Versuch, sie auch in der allgemeinen Agitation zu verwenden, mißlang. Uns standen nur die Genossen Webel und Singer zur Verfügung, die dann auch unter den äußersten Anstrengungen in einer großen Anzahl von Versammlungen sprachen. Außerdem hat Genosse Ledebour noch eine größere Zahl von Versammlungen abgehalten. Zur Stichwahl waren wir in der Lage, für 66 Versammlungen Redner zu beschaffen.

Die allgemeine Situation war zur Zeit der Reichstagsauflösung für die Regierung günstiger als vielfach in der Partei angenommen wurde. Industrie und Handel standen im Zeichen der Prosperität, dadurch wurden die Wirkungen der durch die agrarische Politik und Abwehrungs-politik hervorgerufenen Teuerung abgeschwächt. Die letzte Ernte war eine besonders gute gewesen, so daß trotz der hohen Kornzölle die Getreidepreise nicht erheblich gestiegen waren.

Wohl standen die Fleischpreise recht hoch; dieser Preisstand brachte aber andererseits auch den kleinen Bauern, die einen großen Teil ihres Einkommens aus der Viehzucht, besonders der Schweinezucht ziehen, einen augenblicklichen Vorteil. Die Verlegung des Wahlkampfes in den Winter kam unseren Gegnern deshalb noch besonders zu statten. Weiter

fam hinzu, daß seit den letzten allgemeinen Wahlen die Klassengegensätze sich sehr verschärft hatten. Die erfreuliche Erstarkung der Gewerkschaften und das Aufblühen der Arbeiterkonsumvereine hatten weite Kreise des politisch-kurzfristigen Kleinbürgertums an die Seite der Scharfmacher und der reaktionären „Mittelstandsretter“ geführt. Ferner war durch unsere Wahlrechtsdemonstrationen, durch unsere Stellung zum politischen Massenstreik und zur russischen Revolution der Haß und die Erbitterung der Bourgeoisie aller Parteien gegen die Politik des klassenbewußten Proletariats aufs höchste gesteigert worden.

In dieser Situation fiel es Bülow nicht schwer, die von ihm so oft empfohlene Einigung der bürgerlichen Parteien, zu der man für 1908 bereits alle Vorbereitungen getroffen hatte, nun schnellstens herbeizuführen; allerdings unter Ausschluß des Zentrums. In seinem Silvesterbrief riet Bülow dem Liberalismus, mehr und mehr seinem „negativen Doktrinarismus“ und der „Übertreibung der Prinzipien“ zu entlagen; der Gegensatz zwischen den Parteien der Rechten und der bürgerlichen Linken, der bisher in wirtschaftlichen Fragen bestanden habe, müsse überbrückt werden, zumal der Lebensmittelmacher auf „ein Jahrzehnt hinaus gesichert“ sei. Der Abneigung des Liberalismus gegen jede ernste Sozialpolitik sollte offenbar mit dem Hinweis gebietet werden, daß „kein Staat für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse mehr getan habe, als das Deutsche Reich“. „Gegen Sozialdemokraten, Polen, Weissen und Zentrum!“ lautete Bülows Wahlparole.

Der Freisinn wurde durch diese Kundgebung zunächst enttäuscht; denn wider Erwarten war die „Liberalen und die“ darin mit keinem Wortchen erwähnt. Er willigte aber trotzdem in die „konservativ-liberale Paarung“ ein, in der er sich dann stets als der bis zur beschämendsten Selbstverleugung nachgiebige Teil erwies. In einer ganzen Anzahl von Kreisen verzichtete der Freisinn zugunsten der Reaktion auf eigene Kandidaten, so daß wir schon bei den Hauptwahlen vielfach einer geschlossenen reaktionären Masse gegenüberstanden.

Der Wahlkampf, der, je mehr er sich entwickelte, sich immer mehr gegen die Sozialdemokratie konzentrierte, ist von unseren Gegnern in der schamlosesten Weise geführt worden, und man hat ihn daher mit Recht mit dem der Reichstagswahlen im Jahre 1887 verglichen. Der ganze amtliche Apparat ist in den Dienst des Regierungsblocks gestellt worden. Dornburg hielt vor Professoren, Industriellen und Börsianern Wählern und Bülow spielte den finanziellen Maffler für die Blockparteien.

Im Auftrage „der Wilhelmstraße“ sind vom Generalstab Flugblätter und Broschüren verfaßt und gedruckt worden. Generalmajor Keim schrieb in einem seiner bekannten Briefe, daß im Auftrage der Reichskanzlei 15 Millionen Flugblätter verfaßt und von der Reichskanzlei bezahlt worden seien.

In direkter Verbindung mit dem amtlichen Wahlapparat stand der angeblich unpolitische Flottenverein, dessen Wahlumtriebe durch die Veröffentlichung des Briefwechsels, den der Vorstand des Flottenvereins mit dem Reichskanzleramt und einer Anzahl Blockpolitiker geführt hatte, bekannt wurden. Nach seinen eigenen Angaben hat der Flottenverein etwa 20 Millionen Stück Flugblätter und Broschüren verbreiten lassen, auch wurde festgestellt, daß der Flottenverein zu seinen eigenen erheblichen Mitteln auch noch durch Vermittlung des Reichskanzleramts Gelder für seine „nationale“ Wahlmaße erhalten hat. Vom Oberkommando der Schutztruppe wurden für die Wahlarbeit des Flottenvereins sogar Offiziere, Ordnonanzen, Kanzleidienst usw. abkommandiert. Der Hauptmann Salzer, der für den Flottenverein als Redner tätig war, schrieb in einem Brief vom 25. Januar unter anderem: „Ich habe mich dem Flottenverein nur auf ausdrücklichen Wunsch des Oberkommandos zur Verfügung gestellt.“

Im finanziellen Mittel mangelte es unseren Gegnern in diesem Wahlkampfe auch nicht. Die Großindustriellen hatten sich verpflichtet, pro Kopf des beschäftigten Arbeiters 1 Mk. zu zahlen, und auch von den Ver-

## Der Übel grösstes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(30. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Postel-Berg war der schroffste der ganzen Gegend, es führte nur ein gebahnter Weg hinauf, der an der Wohnung des Jagdaufsehers Weißbach vorüber leitete. Bis dahin war er gut und gangbar, weiter hinaus hatte man ihn, da er selten benutzt wurde, verfallen lassen.

Die Bewohner des Ortes besuchten nur selten die so schwer zugänglichen und ihnen wenig Interesse bietende Stätte, und Fremde, die um der Aussicht und des Sports willen gern mühevollen Besteigungen ausführen, kommen nur wenig hierher. Ackerland fand sich auf den Hängen des Postel-Bergs nur wenig, er war zu steil und steinig für Bebauungszwecke.

May gelangte schließlich zu dem Resultat, daß es seine Pflicht sei, die Winke des anonymen Briefes in Anbetracht von dessen unlegbar vertrauenswürdigem Quelle nicht unberücksichtigt zu lassen. Einer Untersuchung wenigstens war das Ganze wert und er wollte keine Stunde verjünnen, sich Klarheit über den Wert oder Unwert der Mitteilung zu verschaffen. Bereits am nächsten Morgen bei Sonnenaufgang gedachte er aufzubrechen, und wollte er sein Vorhaben so geheim wie möglich ausführen, damit die Verbrecher nicht etwa durch die Tatsache einer Auffindung des Blases, den sie zum Schwaplag ihrer lichtscheuen Tätigkeit erwählt hatten, beunruhigt und vorzeitig gestört wurden. Vor allem sollten auch seine Angehörigen von seiner Absicht nicht das geringste erfahren.

Während seiner Militärzeit hatte er sich gewöhnt, zu jeder Stunde des Morgens aufzustehen — am nächsten Morgen erhob er sich in der vierten Stunde von seinem Lager, klebete sich rasch an und verließ still und geräuschlos das Haus. Etwas Proviant trug er in seinem Rucksack bei sich, auch mit Zigarren und Feuerung hatte er sich versehen, die auch sein Revolver scharf geladen in seiner Brusttasche für Notfälle geborgen lag.

Auf dem abgelegenen Wege, den er nur finden konnte, erreichte er den Fuß des Postel-Berges, den er mit elastischen Schritten zu erstiegen begann. Der Morgen war klar und frisch, aber eben diese Klarheit versprach einen heißen Tag.

Das Weißbach'sche Häuschen vernied May, er schlug sich in den Wald und kletterte auf ungebahntem Pfade mühsam empor.

Gegen halb sieben Uhr erreichte er den Gipfel. Mit bewundernder Andacht genoß er den gigantischen Ausblick, der sich ihm von da auf das wild zerklüftete Gebirgsland eröffnete. Weite Hochflächen, die sich gleich Wellen ausbreiteten, wechselten mit tief eingeschnittenen, felsam gewundenen Tälern, zwischen denen wieder einzelne scharfgezackte Gipfel mächtig emporstrebten.

Rund um ihn herrschte majestätische Stille. Kein Laut aus Menschenmunde, kein Geräusch menschlicher Regsamkeit und Tätigkeit störte die wunderbare Einsamkeit. Die Gegend umher glück einer dürftigen Heide, dünne Kiefern streckten ihre unregelmäßigen Arme nach oben, dazwischen wuchs Gras und Moos. Vögel bemerkte May fast gar nicht, nur ein Rabe ließ von Zeit zu Zeit sein monotones Geträchze ertönen.

Nur wenige Minuten der Erholung und des Genusses gönnte sich der mackere junge Mann. Nachdem er sich über die Lage des alten Forsthauses orientiert, wanderte er mit starken Schritten fürbass, bis der Kiefernwald ihn aufnahm. Nach einer halben Stunde erreichte er eins der Moore, wie sie auf dem Kamme des Erzgebirges nicht selten sind. Die seltenen Pflanzen, denen sein Auge hier begegnete, betrachtete er mit Interesse, doch ohne sich aufzuhalten; der weiche, unter seinen Füßen schwankende Boden nahm überdies seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Von Jugend auf kannte er diese heimtückischen, trügerischen Moospolster, die so solid aussehend und doch unter dem ihnen vertrauenden Wanderer verjünnen. Von Wurzelstock zu Wurzelstock sprang er behend, um sich Umwege zu ersparen, bis er die Region der Zwergkiefern hinter sich hatte und wieder festen Boden unter seinen Füßen fühlte.

Jetzt umgab ihn wieder der Hochwald des Gebirges und drüben, am Rande eines steilen Gipfels, erblickte er auch schon das alte Forsthaus, dessen Umgebung er seit länger als zehn Jahren nicht mehr betreten hatte. Wie war es ein prunkvolles Gebäude gewesen — ein einfaches Haus, in dem der Förster mit seinen Hunden hauste und in dem sich ein Extrazimmer für die Jagdherrschaften befand, wenn sie nach geübtem Weidwerk hier einige frohe Stunden verbrachten. Milch und Kaffee, wohl auch eine Flasche Bier kredenzte die Frau des Försters den wenigen Besuchern — dann war die Försterei verlegt

und das alte Gebäude von den undankbaren Menschen dem Verfall überantwortet worden. Das Dach war längst eingestürzt, nur die Mauern standen noch fest, aber die Fenster hatten keine Scheiben mehr, die hölzernen Läden hatte der Sturm solange hin und her geworfen, bis sie aus den Fugen gegangen und nur noch in überresten vorhanden waren. Die Keller allein mochten vielleicht noch fest sein, aber der Eingang war verschüttet, denn eine nachstürzende Decke hatte ihn mit einer hohen Schicht von Geröll und Schutt bedeckt.

Früher hatte ein Lattenzaun das Gebäude umschlossen, auch von diesem erblickte May nur noch dürftige Spuren. Raum unterdrückte er einen Anflug von Wehmüt, als er die einsame Stätte betrat, sie erschien ihm ein Gleichnis der Vergänglichkeit alles Irdischen. Doch nicht lange behauptete dieses Gefühl die Oberhand, er war eine zu tatkräftige, gesunde Natur und stand noch zu fest, sicher und hoffnungsvoll im Leben, um sich schwermütigen Empfindungen ohne Widerstand hinzugeben. Außerdem beherrschte ihn der Zweck seines Aufstieges gleich einer fixen Idee: er war gekommen, um zu forschen und nicht als Poet und weichherziger Träumer.

Nachdem er rasch ein bescheidenes Frühstück eingenommen und sich durch einige Schlucke kalten Kaffees gestärkt, begann er seine Untersuchung. Die noch erhaltenen Räume zeigten sich wüst und leer. Die Besteigung des Dachbodens gelang ihm nur mit unendlicher Mühe, er mußte sich erst aus Steinen eine Pyramide herstellen, von der aus er sich nach mancherlei Anstrengungen emporzwang. Freilich riskierte er seinen Hals, denn der morsche Bau drohte unter seinen Füßen zusammenzustürzen.

Jetzt kamen die Keller an die Reihe. Ein anderer Eingang als der verschüttete fand sich nicht, folglich blieb ihm nichts übrig, als den Haufen beiseite zu schaffen. Als das endlich gelungen war, galt es die völlig eingerostete Tür zu öffnen. Umsonst — diese trotzte allen Versuchen, jedoch der Polizeibeamte schließlich zu der Annahme hinneigte, sie müsse von innen verschlossen sein und sich dadurch in seinem Verdacht und Eifer unsonst bestärkt fühlte. Kein Mittel half, als die alte Tür zu zertrümmern. Er griff einen Balken auf und rampte gegen sie an, aber erst nach wiederholten Anstrengungen gelang es ihm, die morsche Barre zu sprengen. Mit einem lauten Knack schlug das Mittelre-

treten des Bank- und Börsenkapitals sind große Summen gespendet worden. Sie wußten sehr wohl, daß ihre Klasseninteressen mit dem Wahlkampfe in engstem Zusammenhang standen.

Dem Reichslügenverband soll nach seinem Bericht über die Tätigkeit bei den Reichstagswahlen, die Reichstagsauflösung nicht ganz unerwartet gekommen sein. Seine berüchtigte „Korrespondenz“, die bis dahin wöchentlich erschien und von 1275 Zeitungen benützt wurde, hat er während der Wahlbewegung in 15 Nummern erscheinen lassen. Den 50 Flugblättern gegen die Sozialdemokratie, die der Reichsverband schon vor den Wahlen auf Lager hielt, wurden noch weitere 22 hinzugefügt. In all diesen reichsverbandlichen Subeilen wird konsequent und raffiniert die Methode befolgt, mit persönlicher Verunglimpfung bekannter Sozialdemokraten und mit der Verfälschung von Äußerungen solcher Genossen bei den Arbeitern das Vertrauen zur Sozialdemokratie und ihren Führern zu zerstören. Diese politische Brunnenvergiftung, mit der sich die Regierung durch Wälows Silberbrief einverstanden erklärt hat, hat sogar Widerpruch bei einigen bürgerlichen Politikern hervorgerufen. In einer Ende dieses Jahres in Erlangen stattgefundenen nationalsozialen Versammlung nannte der Referent, Graf Bothmer aus München, den Reichsverband eine Sumpfpflanze, die nur von Verleumdungen gegen sozialdemokratische Führer lebe. Die Reichsverbände seien gar nicht in der Lage, die Sozialdemokratie mit ehrlichen Vätern zu bekämpfen, da sie von deren Bestrebungen keinen blauen Dunst hätten und vom Marxismus nichts verständen. Der Reichsverband sei das Niederträchtigste, armseligste, erbärmlichste Gebilde, das in Deutschland bestehe. In einer Kritik gegen einen nationalliberalen Redner nahm Graf Bothmer noch Bezug auf das Kapitel von den sozialdemokratischen Führern im Handbuch des Reichsverbandes und meinte, daß jeder anständige Mensch dies Buch seiner politischen Gemeinheiten halber mit Indignation aus der Hand legen werde. (Fortf. folgt.)

### Soziales und Parteileben.

Die gewerkschaftliche Bewegung in Rußland. Zum bevorstehenden allrussischen Gewerkschaftskongress hat die mit seiner Einberufung betraute Agitationskommission sich der mühevollen Arbeit unterzogen, häusliche Materialien über den gegenwärtigen Stand der gewerkschaftlichen Bewegung Rußlands zu sammeln. Obwohl die gewonnenen Zahlen nach dem Gehalt der Kommission selbst nicht als einwandfrei gelten können — in hohem Maße infolge der geheimen Entlassungen vieler Gewerkschaften — so verdienen sie, als erster Versuch dieser Art, trotzdem große Beachtung und wir gehen sie daher im Auszug wieder.

Im Frühjahr 1907 bestanden in ganz Rußland 652 Gewerkschaften mit 246.272 Mitgliedern. Ihre Verteilung auf die einzelnen Industriezweige ist folgende:

Industrie	Zahl der Gewerkschaften	Zahl der Mitglieder	Prozent zur Gesamtzahl d. organisierten Arbeiter
Metallindustrie	61	54.173	22
Textilindustrie	25	37.214	15,5
Gandol	164	82.477	18
Baugewerbe	71	26.654	11,5
Nahrungsmittelbranche	78	24.548	10
Bekleidungsindustrie	50	15.064	6
Baumindustrie	43	12.556	5
Gederindustrie	55	12.066	5
Holzindustrie	38	9.927	4
Bergbau	5	2.475	1
Übrige Industrie	65	17.005	7

Die geografische Verteilung der Gewerkschaften bietet folgendes Bild:

#### Organisierte Arbeiter:

Moskauer Industriegebiet	60.442
Nordisches Gebiet	53.614
Wolga	47.712
Kaukasus	16.172
Schwarzmeeresgebiet	15.563
Nordmeeresgebiet	14.553
Wolgaregion	12.345
Uralgebirge	11.939

Andere Gebiete erreichen nicht die Zahl von 10.000 Organisierten.

Betrachten wir die Verteilung der Organisierten nach Städten, so finden wir ein außerordentlich Konzentriertes Bild, das sich über 70 Prozent der Gesamtzahl erstreckt: Petersburg und Moskau stellen nämlich fast 100.000 gleich über 40 Prozent auf.

Petersburg	51.728 Organisierte	Wien	11.813 Organisierte
Moskau	48.061	London	9.730
Sankt	26.198	St. Petersburg	9.592
Danzig	17.117	Sankt	7.375

Ihrer Größe nach sind die Gewerkschaften äußerst verschieden, es dominieren jedoch kleinere mit geringeren Mitgliederzahlen:

Anzahl Mitglieder	Anzahl Gewerkschaften
Über 5000	6
3000-5000	9
1000-3000	30
500-1000	45
100-500	213
Weniger als 100	349

Interessant ist auch das Verhältnis der Zahl der Organisierten mit derjenigen aller Arbeiter einzelner Industrien: es erweist sich, daß nur im Buchdruckgewerbe ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft organisiert ist — nämlich 28.000 gleich 43 Prozent der Gesamtzahl; von diesen 28.000 entfallen allein auf Petersburg 11.000. Dem Buchdruckgewerbe folgen die Metallindustrie mit 8,6 Prozent, die Nahrungsmittelbranche mit 7,2 Prozent, die Lederindustrie mit 7,1 Prozent, der in diesen beschäftigten Arbeiter. Andere wichtige Industrien erreichen nicht einmal diese bescheidenen Zahlen, so weist zum Beispiel der Bergbau 1,1 Prozent auf. Auf die Gesamtzahl der industriellen Arbeiter berechnet (nach der neuesten Arbeit von Rogoschew — sieben Millionen) beträgt der Prozentsatz der Organisierten nur 3,5 Prozent. Es sind somit für den gegenwärtigen Stand der gewerkschaftlichen Bewegung in Rußland drei Tatsachen charakteristisch: die geringe Zahl der Organisierten im Vergleich zur gesamten Arbeiterschaft, ferner ihre Zersplitterung in kleine Vereine mit geringen Mitgliederzahlen, endlich auch das Dominieren der Großstädte in der Bewegung. Diese Tatsachen finden einerseits in der kurzen Dauer der Gewerkschaftsbewegung — sie zählt kaum zwei Jahre —, andererseits in den ungünstigen äußeren (politischen) Verhältnissen, die ihre Entwicklung hemmen, vollen Ausdruck. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß bei einigermaßen günstigen Umständen die gewerkschaftliche Bewegung in Rußland einen ungeahnten Aufschwung nehmen wird. Dafür bürgt uns das mächtige Streben des Proletariats nach Organisation und Zusammenfassung, welches es bezogen hat, in den dem Oktobermanifest gefolgten kurzen Freiheitstagen zur Organisation von Kampfverbänden gegen das Unternehmertum zu schreiten und jetzt alles in den zwei Jahren Geschaffene mit zäher Kraft gegen den geeinten Ansturm der politischen Reaktion und der industriellen Scharfmacher zu verteidigen.

Freimächtige Unternehmer. Schon nahezu vier Monate sind die Getreideträger in Königsberg ausgehungert. Sie erklärten sich Anfang Mai d. J. mit den gewerkschaftlichen und ausgeprägten Schiffsarbeitern solidarisch, hielten aber, als eine Einigung vor dem Gewerbegericht zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitskollegen zustande kam, noch weiter aus. Obwohl ihnen damals von dem mächtigen freimächtigem Barock zählenden Kaufleuten der halbtägige Abschluß eines Vertrages zugesichert wurde, hielten die Herren ihr Wort nicht und verlangen jetzt bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, um die ihnen unannehmeren Elemente mäßig zu können. Die Arbeiter denken aber nicht an eine Unterwerfung und haben einen Kursum auf die Königsberger Arbeiterkammer gerichtet, in dem sie um moralische Unterstützung ersuchen. Inzwischen geben sich die „freimächtigen“ Kapitalisten Mühe, von auswärts Arbeitswillige heranzuziehen.

Englischer Gewerkschaftskongress. Das Programm für den 4. Trade-Union-Kongress, der in der ersten Woche des September in Bath tagen wird, ist kürzlich veröffentlicht worden. Die Labour-Union hat eine Resolution eingebracht, die sich gegen die Arbeiter englischer Nationalität richtet, die es für anständig erachtet, sich kosmopolitischen Syndikaten zu verpflichten, um in ausländischen Arbeitsstätten einzugreifen. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die englischen Arbeiter, die in Hamburg arbeiten und jetzt in Antwerpen tätig sind. Die Resolution verlangt, daß das ausländische Verbot gegen diejenigen zur Anwendung gebracht werde, die beratende Streikbrecher-Expeditionen nach anderen Staaten organisieren, damit verhindert wird, daß aus dem gefährlichen Verhältnissen die Möglichkeit einer Komplikation mit dem Ausland erwächst. Eine Anzahl der eingebrachten Resolutionen ist auf das Altersrentengesetz gerichtet. Die Gewerkschaften sollen jährlich einmal in allen großen und kleinen Orten zu Gunsten der Altersrenten demonstrieren, bis alle Pensionen der Invaliden vollständig verabschiedet sind.

Die Verhaftung des Genossen Wilhelm Schmidt in Frankfurt a. M. am Sonntag vormittag gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration und zugleich zu einer großen politischen Demonstration der Frankfurter. Frankfurt hat noch nie eine solche Demonstration gesehen. Im Laufe der Demonstration waren etwa 10-12.000 Genossen von Frankfurt und Umgebung marschiert und ebenso viele Personen bildeten Spalten in den Straßen. Aus allen umliegenden Bezirken, Höchst, Wiesbaden, Hanau, Kassel, Korbach, Oberhessen usw. waren Delegationen erschienen. Der Parteivorstand war vertreten durch Genossen Müller, die Fraktion durch die Genossen Hoch, Ulrich, Lehmann, Frank und Bumm. Die heftige Landesorganisation durch Genossen Drb. Dem

Zug voran schritten etwa 100 Kranzträger der verschiedenen Organisationen. Namens des Sozialdemokratischen Vereines widmete Genosse Brühne dem verstorbenen Freunde einen herzlichen Nachruf. Für die Reichstagsfraktion sprach Genosse Frank, für den Parteivorstand Genosse Müller, für Groß-Berlin Genosse Ernst Worte des Dankes für den treuen Mittkämpfer aus. Genosse Duquet widmete namens der Redaktion dem Mitarbeiter und Berater einen tiefempfundenen Nachruf. Hierauf legten die verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen am Grabe Kränze nieder. Mit einem Lied des Arbeitergesangsvereins und einem Musikstück fand die Feier einen würdigen Schluß.

### Aus Nah und Fern.

Brückeneinsturz. Montag stürzte in Berlin die Baubrücke an der Untergrundbahn in der Taubenstraße zusammen, wobei der Kutscher Paul Dreier und der Kaufmann Wilhelm Jsenberger verletzt wurden. Die Ausschachtungsarbeiten auf dieser Strecke sind seit einiger Zeit in vollem Gange. Zu diesem Zweck war die südliche Tunnelhälfte in der Taubenstraße überbrückt worden, während die nördliche Hälfte durch einen Bauzaun abgeschlossen ist.

Bootsunglück auf dem Bregel. Sonntag nachmittag unternahmen drei junge Leute in einem gemieteten Boote einen Ausflug von Königsberg nach Arnau. Das Boot schlug bei einem heftigen Windstoß um und die Insassen stürzten in den Bregel. Es gelang dem einen von ihnen, sich zu retten, während die beiden anderen ertranken.

Die ersten Gäste zum Katholikentag. Die „Neue Bayerische Landeszeitung“ berichtet mit erheblicher Entrüstung, daß anlässlich des Katholikentages bereits zahlreiche fremde Diner in Würzburg eingetroffen sind. Diese „Damen“, die offenbar der Meinung sind, bei dieser Gelegenheit ein gutes Geschäft machen zu können, sollen zum größten Teil aus dem alten heiligen Köln gekommen sein.

Von einer skandalösen Eigenart der russisch-sibirischen Post macht „Der Deutsche Philatelist“ Mitteilung. Das Blatt erhält von einem Geschäftsfreund in Kiatschou die Nachricht, daß von den über Sibirien geleiteten Briefsendungen die eingeschriebenen fast alle geöffnet angekommen, und rät deshalb allen Interessenten, auf die Überlandpost zu verzichten und die Seepostlinien zu nehmen, jedenfalls aber Einschreibebriefe über Suez gehen zu lassen. Wahrscheinlich benutzen russische Beamte auf der langen Landstrecke, die genügt recht eintönig sein wird, das „Studium“ der vermuteten Wertbestimmungen zur Überwindung der Langeweile, der sie während der 14tägigen Fahrt ausgelehrt sein mögen.

Indianer-Überleben. Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“ aus Winnipeg (Kanada): „Das unsere kanadischen Indianer teilweise an ihrem alten Überleben immer noch zäh festhalten, trotz aller Zivilisation, trotz der vielen Missionare, die den Rothhäuten das Christentum einprägen sollen, beweist ein recht trauriger Vorfall, der sich vor kurzem in dem Keewatin-Distrikt, 200 englische Meilen von der kleinen Fabrikstadt Kenora, zugetragen hat und jetzt erst zur Kenntnis der Behörden gelangt ist. Ein junges Mädchen vom Stamme der Sandy Lake Creebs erkrankte schwer und litt häufig an Krämpfen. Die Indianer schlossen daraus, daß der böse Geist, Wendigo, in dem Mädchen wohne und die Krämpfe verursache, und sie beschließen, daß dieses eines natürlichen Todes sterben und dann der böse Geist entweichen und in die Wälder flüchten werde; in diesem würde er alles Wild verschlingen, und eine Hungersnot sei dem Stamme dann sicher bevorstehend. Wenn aber das Mädchen getötet würde, käme dabei der böse Geist auch um sein Leben und könne keinen Schaden anrichten. Die Stammesgenossen traten also zu einer Beratung zusammen, und es wurde beschlossen, daß die Kranke getötet werden müsse. Mit der Ausführung dieses Auftrags betraute man den Häuptling sowie den Medizinmann. In Gegenwart des Stammes erfolgte dann durch die beiden die strangulierung des jungen Mädchens, und erst als dieses tot war, fühlten sich die Indianer vor dem bösen Geist sicher. Und, so unglaublich es auch klingen mag, die Eltern der so Ermordeten zahlten dem Häuptling und dem Medizinmann eine beträchtliche Summe in Form von Pelzwerk, Fischen usw. Sobald die Beamten des Indianer-Departments von dem Mordfall hörten, begaben sich einige Polizisten nach dem Tatort und verhafteten die beiden Mörder; sie wurden nach der Station Norway House, am nördlichen Ende des Winnipeg-Sees, transportiert und befinden sich jetzt dort unter Arrest; sie haben, mit Milde behandelt zu werden, da sie ja nur einer „Ehrenpflicht“ nachgekommen und sich keines Unrechts bewußt gewesen wären, sie hätten gehandelt, ganz wie ihre Väter unter solchen Umständen gehandelt haben würden. Wahrscheinlich wird den beiden in Norway House der Prozeß gemacht und ein Richter zu diesem Zweck speziell dorthin geschickt werden.“

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwit.  
Verleger: L. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

in den Keller hinunter, das so unheimlich lang bei Raum genug zum Durchdringen.

Der Herr kam er eine ungeheure Patrone an und nahm seinen Revolver in die Hand — dann legte er sich verächtlich in den Keller hinunter. Das war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Der Herr sah sich um und sah, daß er nicht allein war. Er sah die Schatten der Menschen in der Hand, die nicht mehr da waren, und es war ein sehr wertvolles, bei jedem Schritte knallte es hell, und kein furchtbares Unheil. Sein Revolver war nicht im Keller erschienen, als ob er nicht dort war, und verlor sich die Seele über der Erde.

Die Geschichte einer Flucht.

Von Gustav Kruant, Mitglied der französischen Republikanischen Partei.

(Fortsetzung.)

Auf dem Sa-Fa... Im Nordwesten von Afrika erheben sich einige steile Hügel, die letzten Ausläufer des algerischen Hochlandes...

Ich mußte nicht genau, wo der Eindbruch lag, in dem Fortas arbeitete. Es war mir nur bekannt, daß er unweit...

Der Weg war hier zur linken Hand durch eine Mauer aus Feldsteinen, die ungefähr 2 Meter hoch aufgeschichtet waren...

Ich habe natürlich noch nichts gegessen nicht wahr? Sie sagte schon, daß er eigentlich Fortot heißt...

Ein Schwindsüchtiger die Wahrheit über seinen Zustand wissen?

Die Ärzte verhalten sich in der Frage, ob sie einen Kranken über seinen Zustand aufklären sollen oder nicht...

Dr. Ambler hat in einem Vortrag vor der amerikanischen medizinischen Vereinigung darauf hingewiesen...

Es ist erreicht. Kommerzreut (Inhaber einer großen privaten Gemüdegalerie, zu einem Bekannten, der ihn bitter...

Humoristisches. Kommerzreut (Inhaber einer großen privaten Gemüdegalerie, zu einem Bekannten, der ihn bitter...

Ein Schwindsüchtiger die Wahrheit über seinen Zustand wissen?

Die Ärzte verhalten sich in der Frage, ob sie einen Kranken über seinen Zustand aufklären sollen oder nicht...

Dr. Ambler hat in einem Vortrag vor der amerikanischen medizinischen Vereinigung darauf hingewiesen...

Es ist erreicht. Kommerzreut (Inhaber einer großen privaten Gemüdegalerie, zu einem Bekannten, der ihn bitter...

Humoristisches. Kommerzreut (Inhaber einer großen privaten Gemüdegalerie, zu einem Bekannten, der ihn bitter...

Ein Schwindsüchtiger die Wahrheit über seinen Zustand wissen?

Die Ärzte verhalten sich in der Frage, ob sie einen Kranken über seinen Zustand aufklären sollen oder nicht...

Dr. Ambler hat in einem Vortrag vor der amerikanischen medizinischen Vereinigung darauf hingewiesen...

Es ist erreicht. Kommerzreut (Inhaber einer großen privaten Gemüdegalerie, zu einem Bekannten, der ihn bitter...

Humoristisches. Kommerzreut (Inhaber einer großen privaten Gemüdegalerie, zu einem Bekannten, der ihn bitter...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Lübeck, Schillerstr. 10.

